

HAMBURG

Debatte

November 2011

Umbrüche und Aufbrüche

Das teure Scheitern des Neoliberalismus | Ausbruch aus dem Neokolonialismus – am Beispiel Kuba | Wo einst Orangenhaine standen | Unterdrückung, Armut und Aufruhr | Zur Debatte | NATO Krieg in Libyen: Regime-Change | Friedensratschlag 2011 | Ein Krieg ohne Kriegserklärung | *Buchtipps*: Der Reaktor | Fragwürdiges Täglichbrot | Krise in Hamburg | Ausgaben für wen? Einnahmen von wem? | Kampf um die Zukunft | Wir werden dich nicht vergessen, Genossin Lilo | Bundesregierung und Senat protegieren Rüstungsproduktion | Neuorientierung bei der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik in Hamburg | *Kontrovers* Satzungsänderung: Landesauschuß und Trennung von Amt und Mandat | „Linker Antisemitismus“ im Visier | „Stalinismus als System“
An die Jugend

DIE LINKE.
LANDESVERBAND HAMBURG

Impressum:

Hamburg Debatte ist das Debattenorgan des Landesverbandes Hamburg der Partei DIE LINKE

Herausgeber: Landesvorstand DIE LINKE. Hamburg | Wendenstr. 6, 20097 Hamburg | www.die-linke-hh.de

V.i.S.d.P.: Tilman Rosenau | redaktion@die-linke-hh.de

Redaktion: Kristian Glaser, Christian Kruse, Uli Ludwig, Uwe Post, Tilman Rosenau, Annette Sawatzki, Zdravko Sisic

Erweiterte Redaktion: Timm Kunstreich, Ingrid Kurz, Hartmut Obens, Norman Paech, Herbert Schui

Mitarbeit an diesem Heft: Christin Bernhold, Ellen Brombacher, Anita Friedetzky, Nordahl Grieg, Dora Heyenn, Almut Hielscher, Rolf-Henning Hintze, Stephan Jersch, Uli Ludwig, Wolfgang Mix, Hartmut Obens, Norman Paech, Till Petersen, Ronald Prieß, Tilman Rosenau, Jan Rübke, Herbert Schui, Herbert Schulz, Jan van Aken, Olaf Walther, Mehmet Yildiz, Moshe Zuckermann

Copyright: Creative Commons Licence (BY-NC-SA Namensnennung, keine kommerzielle Nutzung, Weitergabe aus dieser Zeitschrift unter gleichen Bedingungen)

Bestellung und Bezug: gegen Spende in Druck- oder Mailversion, per Post oder in Selbstabholung

Druck: Copy-Haus Hamburg | Auflage: 1 500 | Redaktionsschluss: 25. Oktober 2011

Inhalt

Impressum	Seite 2
Editorial	Seite 3
Das teure Scheitern des Neoliberalismus Herbert Schui	Seiten 4/5
Ausbruch aus dem Neokolonialismus – Beispiel Kuba Wolfgang Mix	Seiten 6/7
Wo einst Orangenhaine standen Norman Paech	Seiten 8/9
Unterdrückung, Armut und Aufruhr Uli Ludwig	Seiten 10/11
Zur Debatte	Seite 11
NATO Krieg in Libyen: Regime-Change Christin Bernhold	Seiten 12/13
Friedensratschlag 2011	Seite 13
Ein Krieg ohne Kriegserklärung Anita Friedetzky	Seiten 14/15
BUCHTIPP: Der Reaktor Norman Paech	Seite 15
Fragwürdiges Täglichbrot Almut Hielscher und Rolf-Henning Hintze	Seiten 16/17
Krise in Hamburg	Seite 18
Ausgaben für wen? Einnahmen von wem? Dora Heyenn	Seite 18
Kampf um die Zukunft Till Petersen und Olaf Walther	Seite 19
Wir werden dich nicht vergessen, Genossin Lilo Ellen Brombacher	Seite 20
Bundesregierung und Senat protegieren Rüstungsproduktion Jan van Aken	Seite 21
Neuorientierung bei der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik in Hamburg Ronald Prieß und Mehmet Yıldız	Seiten 22/23
KONTROVERS: Landesausschuß Tilman Rosenau/Jan Rübke	Seiten 24/25
KONTROVERS: Trennung von Amt und Mandat Herbert Schulz/Stephan Jersch	Seiten 26/27
„Linker Antisemitismus“ im Visier Moshe Zuckermann	Seiten 28/29
„Stalinismus als System“ Hartmut Obens	Seite 30
An die Jugend Nordahl Grieg	Seite 32

Editorial

*Liebe Leserin, lieber Leser,
liebe Genossin, lieber Genosse,*

die vermeintliche Selbstverständlichkeit, mit der Milliarden und aber Milliarden Euro in dubiose Bankenrettungsprogramme geschaufelt werden, zeigt nicht nur, daß Geld genug da ist. Dies zeigt auch, wie kopfflos sich die regierenden, neoliberalen Parteien an ihre Markt- und Profitreligion klammern und mit Kürzungen, Krieg und Kulturlosigkeit die Zivilisationskrise unweigerlich noch mehr vertiefen – die wirtschaftlich schwerste Krise seit den 30er Jahren. Und sie bekommen nichts mehr hin, gar nichts. Unaufhörlich fällt die FDP.

Die Gesellschaft steht vor einem tiefgreifenden Umbruch. Die Lösung kann nur darin bestehen, daß die Menschen sich vom ruinösen Profitsystem emanzipieren, sich solidarisieren und die Dinge selbst in die Hand nehmen. Nur so können die menschlichen Potentiale vernünftig entwickelt und allseitig entfaltet werden. Neu ist: Im Umbruch entsteht politischer Aufbruch von unten, überall. Die Kritik wird lauter, die Zusammenhänge von Reich und Arm, Herrschaft und Unterdrückung werden erkannt und benannt, Forderungen werden öffentlich. Es entsteht Zusammenhang und Zusammenarbeit. Diese Umbrüche und Aufbrüche wollen wir mit der aktuellen Ausgabe der „Hamburg Debatte“ genauer ergründen. Veränderung setzt Verständnis voraus, und DIE LINKE muß ihre Politik auf die Höhe der Zeit heben.

Ihr findet Artikel zur Wirtschaftskrise und zu internationalen Entwicklungen, die uns als Partei des Friedens und der internationalen Solidarität fordern und die beispielhaft wichtig sind für eine realistische Analyse und Perspektive. Aus erster Hand wird über den Hamburger Piratenprozeß berichtet, also wie Menschen aus in Armut gehaltenen Ländern in einer reichen Stadt der Prozeß gemacht wird.

Die sozialen Unruhen in Großbritannien werden jenseits von moralisierender und elitärer Zucht- und Ordnung-Disziplinierung ergründet, und gegen die Propaganda der Kulturindustrie haben wir eine interessante Kritik an tendenziöser Desinformation und am Qualitätsverlust der Medien. Und als Gegenpol wird am Beispiel Kuba der Ausbruch aus dem System der Unterentwicklung geschildert.

Mehrere Artikel beschäftigen sich mit der Lage in Hamburg. Abgerechnet wird mit der Senatspolitik der SPD, und es wird dargestellt, wie Hamburger Unternehmen ihr Mordgeschäft machen. Und als Gegenpart dazu werden aufschlußreiche Beispiele für erfolgreichen Widerstand in der Stadt (Hochschulen, Kita) vorgestellt.

Die Zeiten von Um- und Aufbrüchen sollten eigentlich die Zeit der LINKEN sein. Zwei Artikel beschäftigen sich kritisch damit, wie und womit die parteiliche Entwicklung gehemmt wird (Antisemitismus- und Stalinismusvorwurf) – schließlich wollen wir stärker Fahrt aufnehmen, wozu auch die Kontroverse um die Änderung der Landessatzung beitragen sollte. Wir wünschen eine anregende Lektüre

Eure Redaktion



Foto: Su Botica

Die Krise des Kapitalismus und das teure Scheitern neoliberaler Politik

Im Februar 1996 fand Hans Tietmeyer (damals Präsident der Deutschen Bundesbank, seit 2000 Kuratoriumsvorsitzender der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft) auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos sehr klare Worte zur Aufgabe der Finanzmärkte: „Die Rolle der Finanzmärkte als Kontrollinstanz der Politik“, so Tietmeyer, „wird immer wichtiger.“ Die Finanzmärkte erhielten die Chance, die Politiker im Zuge der wachsenden politischen und wirtschaftlichen Integration zu disziplinieren. „Ich habe aber bisweilen den Eindruck, dass sich die meisten Politiker immer noch nicht darüber im Klaren sind, wie sehr sie bereits heute unter der Kontrolle der Finanzmärkte stehen und sogar von diesen beherrscht werden.“ (FAZ 3.2.1996)

Das Ergebnis der „Finanzmärkte als Kontrollinstanz der Politik“ ist die Finanzkrise. Damit ist bewiesen: Die Politik muss die Finanzmärkte kontrollieren – und nicht umgekehrt. Aber mehr noch: Es muss eine Kontrolle sein im Interesse der Mehrheit, also eine demokratische Kontrolle, nicht aber nur eine politische Stabilisierung dieser Märkte, damit die Anleger sich bei ihrer Finanzalchemie nicht selbst austricksen. Und was für die Finanzmärkte grundsätzlich gilt, trifft ganz besonders für den Euro zu. Europa war bei seiner Einführung noch nicht genug geeint. Es fehlten zu viele europäische Einrichtungen, besonders, um die Haushaltspolitik der einzelnen Länder zu koordinieren und mit der Geldpolitik der europäischen Zentralbank abzustimmen. Und es fehlte vor allem der gemeinsame Wille, mit den Gemeinschaftseinrichtungen ein *soziales* geeintes Europa zu schaffen.

Das soziale Europa wollen die gegenwärtigen Regierungen nicht. Aber wollen sie nicht wenigstens die Krise in den Griff kriegen? Mittlerweile ist doch klar,

dass nicht die Finanzmärkte die Politik kontrollieren dürfen – und das auch dann nicht, wenn die Politik dem Kapital treu dienen will. Die deutsche Regierung hat das noch nicht begriffen. „The economic consequences of Herr Steinbrueck“ seien, so Nobelpreisträger Paul Krugman (New York Times, 11.12.2008), dass die überaus wichtige Koordination der europäischen Politik an der Weigerung der deutschen Politiker scheitere. Wenn Deutschland eine wirksame europäische Reaktion auf die Krise verhindere, dann trage das maßgeblich zu einem globalen Niedergang bei, dann werde sich die „Holzköpfigkeit“ („the boneheadedness“) der deutschen Regierung vervielfältigen.

Das ist mittlerweile der Fall. Starrsinnig wird an Ausgabenkürzungen in den Problemländern festgehalten. Das senkt deren Bruttoinlandsprodukt, mindert die Steuereinnahmen und steigert ihr Staatsdefizit um ein Weiteres. Dieses Herangehen ist teils Dummheit, teils List. Die List ist, die Gunst der Stunde zu nutzen, wo immer es geht, um ein weiteres Stück Sozialstaat zu beseitigen. Die Dummheit kritisieren die Schwellenländer und die US-Regierung: Allein mit brutalen Sparmaßnahmen, wie die deutsche Regierung sie erzwingt, sei Griechenland nicht zu retten, so der US-Finanzminister Geithner. Die deutsche Regierung allerdings will gegenüber Griechenland ein noch strengeres Regiment einführen. Aber alles, was über diese Kürzungsforderungen an pragmatischen Erfordernissen hinausgeht, um auch nur den Finanzsektor zu stabilisieren, ist vage und widersprüchlich. Die deutsche Politik geht Kompromisse ein, um sie sogleich wieder zu hintertreiben, sie ist überfordert. „The German ‘Eiertanz‘“, kommentiert die wirtschaftsnahe Agentur Bloomberg am 26.9.2011, „is still in full swing.“

Die Lage entschärfen könnten jetzt Euro-Bonds. Das senkte die Zinsen für die Problemländer. Denn niedrigere Zinsausgaben bedeuten, dass der Staat im Inland mehr ausgeben kann. Das erhöht das Bruttoinlandsprodukt um ein Vielfaches und bringt mehr Steuereinnahmen. (Zu beachten ist hier der Einkommensmultiplikator, der dann in die positive Richtung wirkt.) Merkel hält dagegen. In der ARD bei Jauch sagt sie am 25.9.2011: „Euro-Bonds, die Vergemeinschaftung aller Schulden, das ist der absolut falsche Weg.“ Also dann weiter mit hohen Zinsen und zögernden Finanzhilfen? Aber weil aufgrund des Sparens die Defizite in den Problemländern immer größer werden, müssen auch die Finanzhilfen ansteigen. Diese Einsicht dämmert langsam. Deswegen ist nun vermehrt von einer umfangreichen Teilabschreibung der griechischen Schulden die Rede – zunächst zu Lasten der Banken und anderer Gläubiger, schließlich aber zu Lasten der öffentlichen Haushalte, die den Banken neues Eigenkapital zuführen müssen.

Aber auch wenn es so gelingt, die akute Eurokrise einzudämmen: Solide ist das Fundament der Gemeinschaftswährung dann immer noch nicht. Bei der Einführung des Euro 2002 war der Fachwelt klar: Es sei riskant, die gemeinsame Währung vor den institutionellen Karren der europäischen Einigung zu spannen. Stattdessen müsse zuerst die politische Einigung Europas mit den entsprechenden Einrichtungen genug voran gebracht werden. Dieser Mangel sollte mit dem europäischen Verfassungsentwurf von 2004 nachträglich behoben werden, der dann aber in Frankreich und den Niederlanden scheiterte. Warum? Der Vertrag sah eine zutiefst neoliberale Verfassung vor: intensiverer Wettbewerb um die Produktionsstandorte mit niedrigen Löhnen und Unternehmenssteuern, keine nennenswerte Verbesserung der Stellung des Europäischen Parlamentes, keine parlamentarische Kontrolle der Europäischen Zentralbank. Der Vertrag von Lissabon (2007) ist bei dieser Linie geblieben. Von dieser neoliberalen Grundposition will vor allem die konservativ-liberale deutsche Regierung nicht abweichen. Kanzlerin Merkel betont auf der CDU-Regionalkonferenz in Karlsruhe am 26.9.2011, nötig seien „Durchgriffsrechte“, welche die Haushalte von Defizitländern „für null und nichtig erklären“. Das heißt, so Merkel bei Jauch: „Griechenland muss Strukturreformen machen, Ausgaben kürzen und privatisieren. Ansonsten wäre es falsch zu helfen.“ Also weniger Altersrente, weniger Lohn im öffentlichen Dienst, Entlassungen dort, öffentliches Eigentum in der Notlage für billig Geld verschleudern. (Zu den stillschweigenden Auflagen gehört, unverändert reichlich Rüstungsgüter aus Deutschland oder Frankreich zu importieren.) Gewiss soll der Kampf gegen den Sozialstaat nicht einzig gegen Griechenland geführt werden, sondern gegen alle Defizitländer. Damit ist klargestellt, wie sich Union und FDP, die deutsche Regierung, die institutionellen Voraussetzungen für einen funktionierenden Euro im Rahmen einer weiteren europäischen Integration vorstellt. Es soll ein zutiefst unsoziales Europa werden!

Wird die Bevölkerung der betroffenen Staaten das hinnehmen? Nach den nächsten Wahlen in den Problemländern wissen wir mehr. Die besonders von Deutschland betriebene Entmachtung der nationalen Parlamente kann eine nationalistische Rechte auf den Plan rufen. Ebenso gut aber kann die Beseitigung der Demokratie (denn das ist der materielle Gehalt dieser Entmachtung) einen Ruck nach links auslösen. Am besten wäre, wenn die Protestbewegungen in den betroffenen Ländern an Stärke dazugewinnen und die Politik in die richtige Richtung zwingen. In dieser unklaren Lage überrascht es nicht, wenn die Idee des Kerneuropas wieder in die Debatte kommt. Dieses Europa soll dann offenbar eine neoliberale Festung sein – befreit von den Staaten, deren politische Entwicklung ungewiss ist.

Nun hat die Idee eines vereinten Europa viele Quellen. An eine Tradition sollte Die Linke besonders anknüpfen: 1944 verfassten in Genf Vertreter von Widerstandgruppen aus den von Deutschland besetzten Ländern und aus Deutschland selbst einen Deklarationsentwurf für ein vereinigtes Europa. In diesem Text hieß es, „dass das Leben der Völker (...) auf die Achtung der Person, der Sicherheit, (auf) die soziale Gerechtigkeit, die umfassende Nutzung der wirtschaftlichen Hilfsquellen zugunsten der Gemeinschaft in ihrer Gesamtheit und die autonome Entfaltung des nationalen Lebens begründet sein“ sollte. Dieser Text wurde zu einem großen Teil wörtlich von der Erklärung des „Französischen Komitees für die europäische Föderation“ übernommen (Lyon, Juni 1944). Dieses Komitee war ein Zusammenschluss der südfranzösischen Résistance-Gruppen. Angestrebt wurde eine europäische Bundesregierung. Diese „muss das Ergebnis nicht einer Wahl durch die Nationalstaaten, sondern einer demokratischen und direkten Bestimmung durch die Völker Europas sein.“ Also ein europäisches Parlament, das ohne Beschränkung für die Gesetzgebung des Bundes zuständig ist.

Wie nun weiter? 1992 wurde der Vertrag von Maastricht vom Europäischen Rat unterzeichnet. Dieser Vertrag hat Europa zu dem gemacht, was es heute ist, nämlich zu einer reinen Wirtschafts- und Währungsunion mit viel Wirtschaftsfreiheit und Zug um Zug weniger Sozialstaat. Das aber gefährdet diese Union. Denn Wirtschaftsfreiheit vertieft die kapitalistischen Krisen, und der Kampf gegen den Sozialstaat verschafft dem so geeinten Europa keine Mehrheit bei der Bevölkerung. Das war in den 90er Jahren der Ausgangspunkt für Kampagnen, die ein soziales Europa forderten. Viele der Leute, die diese Kampagnen ins Leben gerufen haben, sind heute bei der Linken. Ob wir das noch mal hinkriegen?

Herbert Schui,
emeritierter Professor für Ökonomie an der (ehemaligen) Universität für Wirtschaft und Politik in Hamburg (HWP) und Bundestagsabgeordneter der LINKEN von 2005 bis 2010, www.herbert-schui.de

Ausbruch aus dem Neokolonialismus – das Beispiel Kuba

Kubas Ausstrahlung auf den lateinamerikanischen Aufbruch

Seit ihrem Sieg im Jahre 1959 ist es die Kubanische Revolution, die wie ein Leuchtturm der sozialen Befreiung dem unterdrückten Süden ein Vorbild ist. Sie inspirierte bereits den antikononialen Befreiungskampf der 60er Jahre. Die gescheiterte US-Invasion in der Schweinebucht vor 50 Jahren zeigte erstmals, dass auch dem mächtigsten Imperium in der Geschichte der Menschheit Grenzen gesetzt sind. Die Jahrzehnte des kalten Krieges gaben den Ländern der „Dritten Welt“ einen gewissen Spielraum, führten aber auch viele in eine (neo)koloniale Abhängigkeit. Seit dem Zusammenbruch des Realsozialismus treibt ein entfesselter Kapitalismus mit der ganzen ihm innewohnenden Irrationalität und Destruktivität die Welt an den Rand des Abgrunds. Im Kampf um Rohstoffe, Märkte und die Abwendung des eigenen Zusammenbruchs wird der Krieg zunehmend zur Normalität. Jugoslawien, Afghanistan, Nahost und gegenwärtig Libyen waren und sind Schauplätze einer schamlosen Beugung des Völkerrechts, ideologisch bemäntelt durch den zynischen Missbrauch des Menschenrechtsgedankens. Das kleine sozialistische Kuba, immer wieder totgesagt, hat unter dieser Entwicklung seinen Kurs gehalten und wurde zum Mentor des politischen, wirtschaftlichen und demokratischen Aufbruchs in Lateinamerika.

Kuba: Sozialstaat und gesellschaftliche Entwicklung

Der Erfolg des Modells Kuba gründet sich auf sozialer Gerechtigkeit, die trotz schwacher wirtschaftlicher Voraussetzungen im Mittelpunkt seiner Politik steht – in Kuba wird niemand seinem persönlichen Schicksal überlassen. Umfassende Bildungsmöglichkeiten sowie eine Gesundheitsversorgung auf hohem Niveau stehen allen Menschen kostenlos zur Verfügung. Der Bezug von Grundnahrungsmitteln zu subventionierten Preisen und nahezu mietfreies Wohnen sowie eine Grundrente, die jedem Menschen unabhängig von Einzahlungen in irgendeine „Versicherung“ die notwendige Sicherheit im Alter geben, runden das Bild ab. Die in der westlichen Berichterstattung oft aufgemachte Milchmädchenrechnung von den circa 20 Euro oder US-Dollar, die ein kubanisches Durchschnittsgehalt angeblich wert sei, ist eine Beleidigung für jeden denkenden Menschen: Bilder von Verelendung und Hunger, verwahrlosten Straßenkindern oder auf Müllkippen nach Verwertbarem Suchenden, die für den Kapitalismus (nicht nur) unterentwickelter Länder kennzeichnend sind, gibt es aus Kuba nicht. Jeder unvoreingenommene Besucher der Insel wird mit den Eindrücken von gut ernährten und gekleideten, of-

fen ihre Meinung sagenden Bewohnern und fröhlichen, selbstbewussten Kindern zurückkehren. José Juan Ortiz, UNICEF-Vertreter auf Kuba, hat kürzlich unterstrichen, dass Kuba das einzige Land in Südamerika und der Karibik ist, in dem kein Kind unterernährt ist oder hungert.

Voraussetzung dafür ist, dass niedrigen kapitalistischen Instinkten wie der Besitzgier und dem Streben nach einer parasitären Existenz mittels Ausbeutung anderer enge Grenzen gesetzt sind. Die Gehälter von hohen Staatsbediensteten, Militärangehörigen, Funktionären oder Wirtschaftsverantwortlichen dürften das Dreifache des Einkommens ungelerner Arbeitskräfte nicht übersteigen. Viele Menschen, die harte und schmutzige Tätigkeiten in der Produktion ausführen, verdienen mehr als ihre Vorgesetzten oder Angestellte. Welch krasser Gegensatz zu den Verhältnissen in Deutschland, wo sich selbsternannte „Leistungsträger“ und Raffkes aller Art obszöne Reichtümer aneignen und der Mehrheit die soziale Absicherung streitig machen!

Kuba soll nicht zum Paradies verklärt werden. Unter den Bedingungen der (relativen) Armut und der materiellen Knappheit hat der Alltag dort seine eigenen Schwierigkeiten. Eine Minderheit, welche die kapitalistische Konsumgesellschaft vorzieht, hat die Insel verlassen. Die große Mehrheit der Insel-Kubaner steht jedoch bei aller Kritik hinter ihrem System. Sie ist sich der objektiven Schwierigkeiten als Resultat der Unterentwicklung bewußt. Sie weiß auch, was sie bei einer kapitalistischen „Öffnung“ zu verlieren hätte. Die offene Debatte über diese Fragen ist Teil des kubanischen Alltags. Die Tatsache, dass Kuba es geschafft hat, trotz schlechter Ausgangsbedingungen allen Menschen ein würdiges Leben zu ermöglichen, macht die Insel bei den westlichen Propagandisten des totalen Egoismus verhasst und erklärt die Verleumdung und die wirtschaftlichen Pressionen, mit denen ein Systemwechsel erzwungen werden soll. Für viele Millionen Arme hingegen, die Verlierermehrheit des globalen Kapitalismus, ist Kuba eine reale Zukunftsvision. Die Kubanische Revolution und das Erwachen der Massen in Lateinamerika werden von den gleichen Motiven getragen.

Lateinamerika: Aufbruch und Kooperation

Die Serie der Wahlsiege fortschrittlicher Kräfte in den meisten Ländern seit Ende der 90er Jahre, von eher sozialdemokratisch orientierten Parteien bis hin zu radikalen Sozialisten, hat Lateinamerika verändert. Die Pläne der USA, den ganzen Kontinent in eine große Freihandelszone zu verwandeln, hätten den weitgehenden Verlust der politischen und wirtschaftlichen Eigenständigkeit der Staaten zugunsten multinationaler Konzerne bedeutet. Sie liegen seit der Konferenz von 2005 im argentinischen Mar del Plata auf Eis. Bush junior musste angesichts der Massenproteste und des Widerstandes der Mehrzahl der versammelten Länder als Verlierer heimfliegen.

Kuba war von Anfang an Teil dieser Bewegung. Erste Kooperationsabkommen zwischen Venezuela und Kuba unter der Präsidentschaft von Hugo Chávez markieren den Beginn der ALBA („Morgendämmerung“, Bolivarianische Allianz für die Völker unseres Amerika). Im Mittelpunkt ihrer Politik stehen der Kampf gegen die Armut, die Beseitigung der Ungleichheit zwischen den Mitgliedsstaaten, fairer und solidarischer Handel (auch auf Tauschbasis und mit besonderer Bevorzugung schwächerer Länder) sowie der Widerstand gegen die aggressiven Struktur- und Anpassungsprogramme des IWF, der Weltbank und der Welthandelsorganisation. Eine gemeinsame Währungszone und eine ALBA-Bank sind im Aufbau. Der „Sucre“ dient bislang als Verrechnungseinheit beim wirtschaftlichen Austausch und kann in einem zweiten Schritt als gemeinsame Währung dienen. Länderübergreifend produzierende Fernseh- und Rundfunksender haben die Arbeit aufgenommen, Abkommen über kulturelle Zusammenarbeit und gemeinsame Sportwettbewerbe wurden umgesetzt. An nicht wenigen Projekten sind auch Staaten außerhalb der ALBA beteiligt. Gegenwärtig gehören dem Bündnis acht Länder an, die bedeutendsten neben Venezuela und Kuba sind Bolivien und Ecuador. Auf dem Gipfeltreffen in Caracas 2010 wurde unterstrichen, dass der Sozialismus die einzige Garantie ist für eine authentische Unabhängigkeit sowie für Souveränität und Gerechtigkeit der Völker.

Die konkrete Hilfe für die Menschen hat den Integrationsprozess von Anfang an bestimmt. Kuba setzt gut ausgebildete Spezialisten ein. Durch Alphabetisierungsprogramme wurden in kurzer Zeit dreieinhalb Millionen Menschen das Lesen und Schreiben beigebracht. Mit einem Projekt zur Behandlung von Grauem Star und anderen Augenkrankheiten wurde mehr als einer Million Menschen durch kubanische Ärzte das Sehvermögen zurückgegeben. Derzeit sind allein in Venezuela über 30 000 kubanische Ärzte tätig, um ein der Bevölkerung dienendes Gesundheitswesen aufzubauen. Die medizinische Eingreifbrigade „Henry Reeve“ wird allen Ländern weltweit, die von Naturkatastrophen heimgesucht werden, kostenlos angeboten und ist mit 1 300 Ärzten derzeit vorrangig in Haiti tätig. Insgesamt hat Kuba das Potential, über 300 000 Ärzte, Pflegekräfte und Medizintechniker für Auslandseinsätze zu mobilisieren. Seit 1999 arbeitet nahe Havanna die Lateinamerikanische Hochschule für Medizin (ELAM), in der 12 000 ausländische Studierende aus über 30 Ländern kostenlos zu Ärzten ausgebildet werden. Sie kommen aus armen Familien und könnten in ihren Heimatländern ein solches Studium nicht finanzieren. Voraussetzung für das Stipendium sind sehr gute Schulleistungen und das Versprechen, nach Abschluss in die Heimat zurückzukehren und dort an der Basis zu praktizieren. Eine zweite Universität dieser Art ist in Venezuela gegründet worden.

Was bedeutet das für uns? Diese Entwicklungen wurden möglich, weil die Logik der kapitalistischen



Foto: Gramma

Der venezolanische Exoffizier Hugo Chávez (links), erst vor kurzem aus zweijähriger Gefängnishaft wegen einer fehlgeschlagenen Revolte gegen die korrupte Regierung seines Landes entlassen, trifft am 14. Dezember 1994 zu einem Kongress in Havanna ein. Zu seiner Überraschung erwartet ihn Fidel Castro am Flughafen. Es ist das erste Zusammentreffen und der Beginn einer dauerhaften Freundschaft und Zusammenarbeit. Vier Jahre später wird Chávez mit nahezu zwei Drittel der Stimmen zum Präsidenten Venezuelas gewählt.

Konkurrenz, der Ausbeutung und der sozialen Ausgrenzung durchbrochen wurde. Sie sind eine Absage an den Neoliberalismus und stehen beispielhaft für ethische Werte, eine menschliche Politik und für internationalistische Prinzipien. Sie sollten uns zusätzlich motivieren. Wenn arme Länder zu dieser Politik in der Lage sind, wird das Gefeielsche um einige Prozentpunkte mehr oder weniger an Entwicklungshilfe durch die reiche BRD zu einem abstoßenden Spektakel. Ein Bruchteil der Kriegsausgaben reichte aus, für alle Kinder dieser Welt sauberes Wasser, Ernährung, Kleidung und Schulbildung sicherzustellen. Die Debatte um das Parteiprogramm der LINKEN hat gezeigt, wie sehr der Internationalismus intensiviert werden muss. Das peinliche Gezerre um den Geburtstagsglückwunsch an Fidel Castro, das sich unsere Partei von außen und innen hat aufzwingen lassen und das sowohl unsere Politik wie auch diejenige des sozialistischen Kuba in den Schmutz ziehen soll, muss endlich Anlass sein, dagegen zu halten. Lateinamerika liefert die Argumente. Der Hetze kapitalistischer Medien im Interesse der Plünderung dieses Planeten müssen wir eine konsequente internationale Solidarität entgegensetzen.

Wolfgang Mix ist aktiv bei Cuba Sí Hamburg



Foto: Norman Paech

Wo einst Orangenbaine standen

Gaza 2011: Ein aktueller Reisebericht

Gaza ist auch gut vier Jahre nach seiner totalen Blockade und knapp drei Jahre nach der Bombardierung durch die israelische Armee ein Gefängnis im Kriegszustand, das täglich unter militärischer Bedrohung steht. Wir hatten bei unserem Besuch Anfang Oktober eine ruhige Woche, erst am Tag unserer Abreise kam es wieder zu Angriffen auf Fischerboote. In der Woche davor jedoch hatten israelische Luftangriffe zwei Häuser in Beit Hanoun beschädigt und drei Menschen verletzt. Ein 17-jähriger Junge wurde in der 1500 m-Zone, die die Israelis zur No-Go-Area vor dem Grenzzaun erklärt hatten, beim Sammeln von Metallresten angeschossen und in der 3 Meilen-Küstenzzone, die den Fischern von der 20 Meilen-Zone übrig gelassen wird, eröffnete die Marine mehrmals Feuer auf die Fischerboote, ohne allerdings jemand zu verletzen. Dies ist der Alltag einer Bevölkerung, die in einem Käfig um ihr Überleben kämpft. Dass dabei auch immer wieder selbstgebaute Raketen nach Israel fliegen, war auch in dieser Woche wieder so – jedoch meistens ohne Schäden anzurichten. Die Bilanz im Gazastreifen ist anders: 85 Tote und 425 Verletzte bereits in diesem Jahr, mehr als im ganzen vergangenen Jahr. Während die Welt vom Soldaten Gilat Shalid, dem Kriegsgefangenen in Gaza, spricht, erinnert uns die Demonstration auf dem Gelände des Roten Kreuz in Gaza-Stadt an den Hungerstreik der palästinensischen Gefangenen in israelischen Gefängnissen: ca. 6000 insgesamt, davon 285 Minderjährige, 38 Frauen, 21 Parlamentsabgeordnete aus Gaza, zwei Exminister. 45 Menschen sitzen bereits mehr als 20 Jahre in Haft, vier mehr als 34 Jahre und 270 in Administrativhaft. Wer in der Welt spricht von ihnen? Shalid hätte schon vor Jahren frei kommen können, wenn die israelische Regierung ein Entgegenkommen bei der Freilassung dieser palästinensischen Häftlinge gezeigt hätte.

Nur noch selten trifft man auf die Ruinen des Krieges, die Stadtverwaltungen haben große Anstrengungen unternommen, sie zu beseitigen. Doch eine andere Folge von Krieg und Blockade ist unübersehbar: In den Straßen liegt der Müll, Gaza-Stadt, Khan Younis und Rafah sind schmutzig. Es gibt keine Mülltonnen, keine funktionierende Müllentsorgung. Denn es fehlt an Geld. Selbst wenn es vorhanden wäre, würde Israel die notwendigen Materialien und Ausrüstungen nicht hereinlassen. Waren es knapp 3000 Lastwagenladungen, die vor 2007 Gaza wöchentlich erreichten, so sind es jetzt nur noch etwa 745, die über den Kram-Übergang nach Gaza gelangen. Fast die Hälfte davon sind Nahrungsmittel – ein Bruchteil von dem, was notwendig wäre. Exportieren können die Bauern nichts mehr. Während vor der Blockade noch durchschnittlich 240 Lastwagenladungen mit Obst, Gemüse und Blumen nach Israel exportiert werden konnten, ist dieser Weg jetzt abgeschnitten.

Woher soll also das Geld kommen? Von den Dollars und Euros der Diplomaten, UNO- und EU-Beamten, Experten und Journalisten, die in den wenigen Hotels absteigen, wo sie alles bekommen außer Whisky und Rotwein? Von den alten reichen Familien, die immer noch über großen Landbesitz verfügen? Die Industrie ist vollkommen zusammengebrochen, das Handwerk hat keinen goldenen Boden mehr, die Arbeitslosigkeit wird offiziell mit 43 Prozent angegeben. Gaza war einst ein namhafter Exporteur von Oliven hoher Qualität. 25 000 Arbeiterinnen und Arbeiter waren bei der Ernte beschäftigt, die zwei Monate dauerte. Heute sind es nur noch einige Hundert und die Ernte dauert nur noch knapp eine Woche. Seit 2000 hat die israelische Armee 114 000 Olivenbäume zerstört. Der Rest wurde im Krieg 2008/2009 durch den Einsatz von weißem Phosphor stark beschädigt und auch heute noch überquert die Armee regelmäßig die Grenze und

entwurzelt die Bäume. In der 1, 5 km breiten No-Go-Zone entlang der östlichen Grenze, wo ein Drittel des am besten bewässerten Landes liegt, ist ohnehin keine Landwirtschaft mehr möglich.

Das einzige blühende Gewerbe ist der Handel durch die Tunnel an der Grenze zu Ägypten. Ein gefährlicher Weg, der regelmäßig durch israelische Luftwaffe und Raketen beschossen wird und auf dem schon viele Arbeiter umgekommen sind. Von gefrorenem Fisch über Coca Cola, Antibiotika bis zu Motorrädern und Autos kommt alles durch diese Tunnel. Nachdem Israel im Winter 2008 die Lieferung von Benzin und Diesel eingestellt hatte, wird es seitdem durch die Tunnel gepumpt – zu einem Drittel des israelischen Preises. Die anderen Waren sind teuer und ein Quell erheblichen Reichtums der Händler, den sie in ihren neuen Villen zeigen. Denn auch alle Baumaterialien kommen durch diese Tunnel. Israel lässt die Materialien nicht durch mit der Begründung, sie könnten auch zu militärischen Zwecken verwendet werden. Erst in jüngster Zeit hat Israel seinen Widerstand aufgegeben, die notwendigen Materialien für eine Kläranlage über die Grenze zu lassen, an der auch die Bundesrepublik maßgeblich beteiligt ist. Sie hatte dieses Projekt als Antwort auf die Machtübernahme der Hamas im Juni 2007 gestoppt und erst in diesem Jahr wieder aufgenommen. 90 Prozent der Abwässer in der Zentralregion Gaza-Stadt gehen nach wie vor ungeklärt direkt ins Meer und haben inzwischen schon Israel bei Ashdod erreicht. Die Gaza-Strände sind leer, nur am frühen Freitagmorgen sehen wir vereinzelt Jugendliche in den Wellen.

Auch die Krankenhäuser müssen vorwiegend ihre Medikamente und Instrumente durch die Tunnel besorgen. Der jetzt geöffnete Übergang Rafah nach Ägypten ist dem Personenverkehr vorbehalten und Transporte über Israel lagern oft monatelang in Ashdod. Es sind keine gewöhnlichen Probleme, mit denen sich die Krankenhäuser herumschlagen haben: totaler Mangel an Geld, der für die privaten Krankenhäuser mit internationalen Spenderorganisationen noch am leichtesten zu kompensieren ist. Regelmäßiger Ausfall der Elektrizität, die täglich nur zu etwa 50 Prozent zur Verfügung steht. Die einsetzbaren Diesel-Generatoren sind alt und reparaturanfällig und der benötigte Diesel ist nicht in genügendem Umfang durch die Tunnel zu erhalten. Es ist nicht selten, dass Operationen und Dialysebehandlungen unterbrochen, künstliche Beatmungsgeräte per Hand aktiviert werden müssen und auf viele Funktionen eines Krankenhauses ganz verzichtet werden muss. Das Shifa-Hospital in Gaza-Stadt z.B., mit 700 Betten das größte in Palästina, benötigt monatlich 200 000 Liter Diesel. Vor kurzem musste es eine Herzoperation wegen Elektrizitätsausfall unterbrechen, erst nach 17 Minuten sprang der Generator an. Ersatzteile in allen Bereichen sind ein ständiger Mangel und von 470 Basismedikamenten fehlen 119 in den Krankenhäusern. Von den etwa 700 Einweginstrumenten fehlen mehr als 110, sodass mit der Wiederverwendung die Gefahr von

lebensgefährlichen Ansteckungen der Patienten erheblich ist. Auch die Tatsache, dass ca. 22 Prozent der gespendeten Medikamente bereits ihre Haltbarkeitsgrenze erreicht hat, gefährdet zwar nicht die Gesundheit, ist aber auch nur begrenzt hilfreich. Schließlich behindert die Schließung der Übergänge die Überweisung von Patienten erheblich, die in Gaza nicht behandelt werden können. Der Erez-Übergang nach Israel wird Palästinenserinnen und Palästinensern faktisch nur für dringende medizinische Behandlungen geöffnet, mit oft langen Wartezeiten und nicht selten zu spät für die Patienten, um sie retten zu können.

Wie leben im Kriegszustand, den Israel immer noch gegen Hamas ausruft? Die Bewohner des Gazastreifens sind des Krieges und der Besatzung müde. Der Hamas-Regierung ist es zwar gelungen, die tägliche Gewalt einzudämmen und wieder Sicherheit auf die Straßen zu bringen. Sie hat ihre soziale Arbeit, auf der vorwiegend ihr Wahlerfolg im Februar 2006 beruhte, fortgeführt, sie hat die Korruption der Fatah weitgehend beseitigt, aber auch nur um den Preis neuer Korruption. Ausschlaggebend für die nächsten Wahlen könnte jedoch sein, dass Hamas die Besatzung und die ständigen israelischen Militärschläge nicht beenden konnte. Selbst in Kreisen der Hamas wird eingeräumt, dass dieser Umstand dazu führen könnte, dass sie lediglich nur noch 30 bis 35 Prozent der Stimmen bekäme und hinter der Fatah bliebe. Dies wäre die normale Konsequenz in einem demokratischen Prozess – aber doch eine fatale nachträgliche Bestätigung dieser barbarischen Blockade- und Besatzungspolitik.

Und dennoch verlassen wir diesen von der Natur so begünstigten, aber von Besatzung und Krieg so zerschundenen Streifen Land nicht mit der gleichen Trauer und Skepsis wie noch 2009 nach dem Krieg. Es gibt einen Überlebenswillen, der Mangel und Einspernung durch zahlreiche Initiativen und Projekte überall überwindet. Niemand macht sich Illusionen über die Politik Netanyahus, die selbst einen neuen Krieg nicht ausschließt, und das Versagen der USA und der EU. Schlimmer als im Krieg 2008/2009 kann es kaum kommen, den man trotz enormer Verluste überstanden hat. Und so holt man sich jetzt den Beton, den man über die israelische Grenze nicht bekommt, aus der Bar-Lew-Linie, jenem Verteidigungswall, den Israel nach dem Sechstagekrieg 1967 auf der Sinai-Halbinsel gebaut hatte, um damit eine Abwässerkläranlage im Süden des Gaza-Streifens mit eigenen Kräften zu bauen. Die „Jugend forscht“ von der Pilzaufzucht bis zu Kleinrobotern zur Beseitigung von Sprengstoff und an der Küste sind die feingesponnenen Netze aufgehängt, um die tieffliegenden Wachteln, die jetzt aus dem Westen über das Mittelmeer kommen, zu fangen – eine Delikatesse, die keine Grenze kennt.

Norman Paech, emeritierter Professor für Verfassungs- und Völkerrecht; 2005-09 Bundestagsabgeordneter der Partei DIE LINKE

Unterdrückung, Armut und Aufruhr

Anfang August 2011 kam es in London und anderen Städten Großbritanniens zu schweren Unruhen. Fahrzeuge und Häuser gingen in Flammen auf, viele Menschen, meist Jugendliche, plünderten Läden und lieferten sich mit der Polizei ein Katz- und Mausspiel. Es gab Tote und Verletzte.

Der Auslöser war ein Polizeieinsatz mit Todesfolge. Am 4. August wurde Mark Duggan, ein afrikanischer Immigrant der zweiten Generation, von der Londoner Polizei erschossen. Die Metropolitan Police übergab der Presse wechselnde Erklärungen und Lügen; die Familie des Erschossenen musste dagegen über die tödlichen Schüsse in der Zeitung lesen. Die Familie organisierte einen Protestmarsch mit rund 200 Demonstranten unter der Parole „no justice, no peace“ zur Polizeiwache in Tottenham und verlangte dort eine Erklärung. Als es eine solche nicht gab, sondern stattdessen am Rande der Proteste eine 16-jährige von mehreren Polizisten geschlagen wurde, begann der Aufruhr, der sich schnell von den Londoner Stadtteilen auf mehrere Städte ausbreitete.

Warum sollten wir uns heute noch mit diesem Aufruhr in England befassen? England ist nicht Deutschland. Und in der kurzatmigen Medienwelt ist das Thema längst von anderen Themen abgelöst. Wenn wir die Einschätzungen und Analysen, die seit Mitte August verfasst wurden, rekapitulieren, entsteht jedoch der Eindruck, dass etwas Wichtiges übersehen wurde. Es soll nicht näher eingegangen werden auf das reaktionäre Geheul über den Verfall der Sitten und verwahrloste Jugendliche und auf den Ruf nach Verstärkung der Polizeikräfte, nach rigoroseren Überwachungs-

instrumenten, künftigem Einsatz der Armee u.a.. Auch die düsteren Darstellungen von zerfallenden Familienstrukturen, Ghetto- und Gang-Kultur und dem negativen Einfluss von Rap-Musik (als Ausdruck gesellschaftlicher Erfahrungen!) können wir rechts liegen lassen.

Vielmehr geben linke Kommentare rückblickend zu denken, auch wegen ihrer sich zwischen Hilflosigkeit und klammheimlicher Freude bewegenden Sichtweise. Dadurch entstehen Leerstellen in der Erklärung und vor allem in der Schlussfolgerung. Natürlich ist der Hinweis berechtigt, dass der Sachschaden in Höhe von rund 200 Millionen Pfund, der durch die Unruhen verursacht wurde, ein Klacks gegen die in Finanzspekulationen verzockten Milliarden darstellt – für die natürlich keiner verantwortlich gemacht wird. Er geht aber genauso am Kern des den Aufruhr auslösenden gesellschaftlichen Prozesses vorbei, wie die grimme Darstellung der berechtigten Wut der Ausgegrenzten.

Die Jugendarbeitslosigkeit ist in England in den vergangenen drei Jahren auf knapp 20 Prozent gestiegen und in Tottenham kommen auf einen freien Arbeitsplatz 57 Arbeitssuchende. Die konservativ-liberale Regierung Cameron hat ein Sozialabbauprogramm auf den Weg gebracht, das in der englischen Geschichte beispiellos ist. Ausgabenkürzungen von ca. 95 Milliarden Euro sollen bis 2015 unter anderem durch Kürzung des Kindergeldes, der Jugendförderung, durch die Streichung des EMA (Education Maintenance Allowance, das englische BAföG) und drastische Reduzierung der Wohnzuschüsse von Sozialhilfeempfängern erreicht werden. Wie so häufig, wenn betont wird, dass ein gesellschaftlicher Prozess beispiellos ist, ist das Gegenteil der Fall. Die Hervorhebung der vermeintlichen Singularität dient der Verdrängung der tiefer liegenden allgemeinen Ursachen.

Der linke englische Journalist Brian Richardson schreibt im September 2011 in der „Socialist Review“: „Wir leben in einer Gesellschaft, in der Geld und Privateigentum verehrt werden wie Moses und die Propheten, in der alles zur Ware wird, die ge- oder verkauft werden kann. Auch wenn das Ausrauben von Geschäften stellenweise systematisch war und organisierte Gruppen involviert waren, ist es ein deutliches Muster des Aufruhrs, dass sich die Menschen, als sie sich die Waren aneigneten, für einen kurzen Augenblick nicht um das Preisschild kümmerten. Auch wenn dies keine bewusste radikale oder kollektive Handlung war, kann sie nicht einfach als unpolitisch verworfen werden.“

Die Lebenswelt der Jugendlichen aus der weißen Arbeiterklasse und den Immigrantenfamilien

in Haringey und Hackney in London, wie in Birmingham und Liverpool, schließt einen sozialen Aufstieg in ökonomisch gesicherte Lebensverhältnisse weitgehend aus. Dabei wird der unsichtbare Käfig um die Armut gerade in Haringey in Sichtweite der Glaspaläste der Banken, der Luxusläden und der Nobel-Apartments gezogen. Der soziale, ökonomische und bildungsmäßige Ausschluss geht Hand in Hand mit der brutalen Behandlung der Polizei, die als reine Repressionsmacht wahrgenommen wird. Rund 130 000 Jugendliche werden jedes Jahr vom Schulunterricht ausgeschlossen – von Schulen, die um die besten (veröffentlichten!) Durchschnittsnoten konkurrieren.

Der Hintergrund ist die verschärfte Verwüstung der Arbeitsverhältnisse unter Thatcher. Der Abbau der Arbeitsplätze und die Zerschlagung des Gemeinwesens in den 80ern („*There is no such thing as society, only individual men women and families*“) wurde – wie in Deutschland nach der Ära Kohl – von der Sozialdemokratie weitergeführt und zugespitzt. Die Regierung Cameron kürzt jetzt gerade diejenigen Freizeiteinrichtungen, Gemeindeprojekte und Jugendzentren weg, die mit durchaus guten Absichten nach den Revolten der 80er und 90er Jahren aufgebaut worden waren. Das Problem wird aber nicht dadurch behoben, dass ihr Erhalt erkämpft wird: Ausgrenzung, Ausbeutung und Unterdrückung können deswegen nicht einfach „wegreformiert“ werden, weil sie zum System gehören. Darin unterscheidet sich England um keinen Deut von Deutschland.

Proteste bleiben ergebnislos, solange sie keine einheitliche Orientierung und keinen strukturellen Halt haben. Dann laufen sie nicht nur Gefahr zu scheitern, sondern dabei auch noch den Eindruck einer Vergeblichkeit zu vermitteln. Den organisatorischen Rahmen zu schaffen ist eine der Hauptaufgaben einer sozialistischen Partei. Es ist eine Schwäche der Linken in England, den Protesten kein Ziel über die Negation hinaus und keine Lernsituationen für die Wege geboten zu haben.

Wer würde es wagen, angesichts der weltweiten Wirtschaftskrise, der Militarisierung nach außen und der Austerity-Politik nach innen, englische Unruhen für Deutschland auszuschließen? Sind die brennenden Autos ein erstes Anzeichen? In jedem Falle sollten SozialistInnen nicht nur die Legitimität des Aufruhrs propagieren, sondern es zu ihrer Aufgabe machen, z.B. in der Organisation von politischen Streiks, die Ziele der Aktion und die Adressaten für die Proteste zu benennen. Die Ausgegrenzten können sich ihrer Interessen erst in der politischen Aktion bewusst werden – und die bleibt damit unsere Hauptaufgabe.

Uli Ludwig ist Redakteur der Hamburg Debatte

Zur Debatte

Die Zeitschrift HAMBURG DEBATTE wendet sich an alle Mitglieder der LINKEN in Hamburg, aber auch an Sympathisanten und Interessierte. HAMBURG DEBATTE dient der Aufarbeitung politischer Themen, der Entwicklung, Begründung und Erörterung von Positionen der LINKEN. Die programmatische Arbeit in der LINKEN wird mit der Zeitschrift HAMBURG DEBATTE dauerhaft begleitet. Im Mittelpunkt jeder Ausgabe steht ein Schwerpunktthema. Alle Genossinnen und Genossen des Landesverbandes Hamburg, die über keine E-Mail-Adresse verfügen, erhalten die DEBATTE in der Printversion zugeschickt. Alle anderen erhalten die aktuelle Ausgabe der DEBATTE per E-Mail als pdf-Datei, die Ihr hier im Anhang findet. Ihr könnt Euch das gedruckte Heft aber auch zuschicken lassen oder in der Geschäftsstelle des Landesverbandes oder eines Bezirksverbandes abholen. Alle bereits erschienen Ausgaben findet Ihr auf der Homepage des Landesverbandes: www.die-linke-hamburg.de/politik/publikationen/debatte-hamburg.html

Wer das aktuelle Heft und die folgenden im Abonnement mit der Post zugeschickt haben möchte, schickt der Redaktion bitte eine Nachricht an: debatte@die-linke-hh.de. Da Druck und Postversand teuer sind, bitten wir Euch um eine zweckgebundene Spende. Die darf gern etwas großzügiger bemessen sein, damit möglichst allen GenossInnen und SympathisantInnen der Bezug des Heftes kostenlos ermöglicht wird.

Spendenkonto:

DIE LINKE Landesverband Hamburg
Hamburger Sparkasse · Konto-Nr.: 1213 1280 83
BLZ 200 505 50 · Stichwort/Verwendungszweck:
Spende HAMBURG DEBATTE

Wir freuen uns auf Eure Rückmeldung!
Mit solidarischen Grüßen
Eure Redaktion

Anzeige

Europa vor Ort - Veranstaltung

„Klassenkämpfe in Portugal und die aktuelle kapitalistische Krise in Europa“

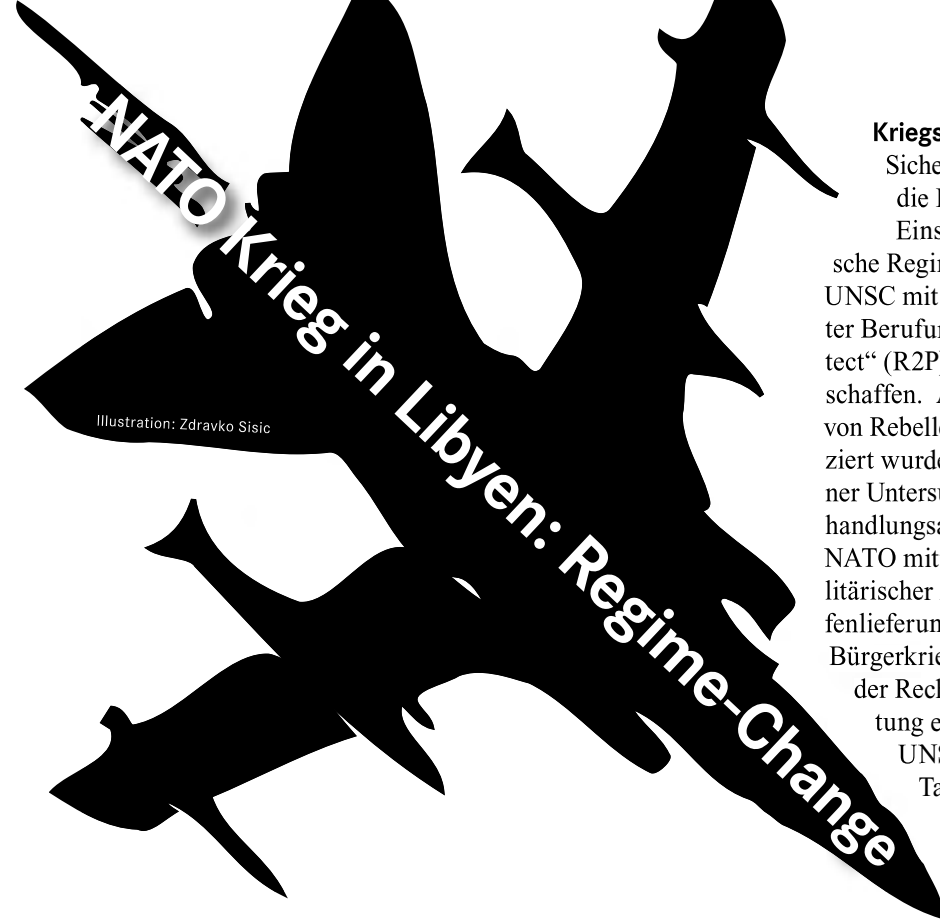
Einführungsbeitrag **Ilda Figueiredo** stellvertretende Fraktionsvorsitzende der GUE/NGL-Fraktion im Europaparlament

Sabine Wils

Abgeordnete im Europaparlament DIE LINKE.

Freitag, den 16. Dezember 2011, 18⁰⁰ Uhr
Europa-Büro · Bucerusstraße 2 · 20095 Hamburg

Anmeldung erforderlich an: gerald.kemski@sabine-wils.eu



Kriegslüge. Am 17. März 2011 autorisierte der UN-Sicherheitsrat (UNSC) mit der Resolution 1973 die Einrichtung einer Flugverbotszone und den Einsatz militärischer Gewalt gegen das libysche Regime. Zum ersten Mal in der Geschichte hat der UNSC mit dieser Resolution einen NATO-Krieg unter Berufung auf das Konzept „Responsibility to Protect“ (R2P) legitimiert und so einen Präzedenzfall geschaffen. Als Grundlage dienten vor allem Berichte von Rebellen, Gaddafi massakriere sein Volk – verifiziert wurden diese Angaben jedoch nie. Rufe nach einer Untersuchungskommission wurden überhört, Verhandlungsangebote ausgeschlagen. Stattdessen griff die NATO mittels großflächiger Bombardierungen nichtmilitärischer Ziele, Versuchen direkter Tötungen und Waffenlieferungen auf Seiten der Rebellen einseitig in den Bürgerkrieg ein. Wie viele andere ExpertInnen wies der Rechtsphilosoph Reinhard Merkel die Behauptung eines drohenden Völkermordes zurück. Der UNSC-Beschluss beruhte nicht auf beweisbaren Tatbeständen, sondern auf Medienberichten und Äußerungen einer Konfliktpartei. Wie jeder NATO-Krieg begann also auch dieser mit einer Lüge.

Wieder einmal offenbart sich die Doppelmoral neo-imperialistischer Politik: Unter dem Jubel westlicher Medien und der Beteiligung der NATO ist der ehemalige libysche Machthaber Gaddafi am 20. Oktober 2011 von so genannten Rebellen öffentlich getötet worden. Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte spielten plötzlich keine Rolle mehr in der öffentlichen Diskussion. Der Lynchmord, ein öffentlich gebilligtes Kriegsverbrechen, dem eine mehrmonatige NATO-Bombardierung der Küstenstadt Sirt mit Tausenden Toten vorausgegangen war, wurde kurzerhand zum Akt der Befreiung Libyens umgedeutet. Französische Kampfjets hatten den sich auf der Flucht befindenden Konvoi Gaddafis durch Bombenangriffe gestoppt und so seine Ergreifung ermöglicht.

Bereits lange vor Gaddafis Tod hatte die UN-Vollversammlung am 16. September 2011 beschlossen, den „Nationalen Übergangsrat“ als legitime Vertretung Libyens anzuerkennen. Zuvor warfen mehrere Staaten der NATO vor, sie habe das UN-Mandat zum Schutz der Zivilbevölkerung missbraucht, um einen Machtwechsel in Tripolis herbeizuführen. Mustafa Abdul Dschalil, Chef des Nationalen Übergangsrates, dankte hingegen der NATO für ihren Einsatz: „Ohne eure Hilfe hätten wir gegen die Übermacht Gaddafis nie gesiegt.“

„Gaddafi besiegen“ – genau das war es, wofür die Rebellen um Dschalil seit Mitte März von der NATO Hilfe erhielten, indem ihnen der Weg nach Tripolis freigebombt wurde. Diverse westliche PolitikerInnen hatten den „Regime-Change“ bereits Anfang März als Ziel vorgegeben. Der Tod Gaddafis ist nun eine bequeme Lösung für die NATO, hätte doch ein Gerichtsverfahren aller Voraussicht nach die Lügen aufgedeckt, mit denen ihr Eingreifen begründet worden war.

Kriegsgründe. Dass die NATO-Mächte Gaddafi aus moralischen Gründen absetzen wollten, ist Ideologie. Es gibt zig Schauplätze auf der Welt, wo Menschenrechte zu verteidigen wären, und trotzdem erhalten die Verantwortlichen wie in Saudi-Arabien westliche Unterstützung für ihre Verbrechen. Europäische Staaten lieferten in den letzten Jahren auch haufenweise Waffen nach Libyen und hatten in Gaddafi einen Verbündeten für ihre brutale Flüchtlingspolitik.

Es gibt aber eine Reihe anderer Gründe für den scheinbar plötzlichen Sinneswandel: In Libyen stehen zunächst wirtschaftliche Interessen auf dem Spiel. Das Land hat die größten Ölvorkommen Afrikas, die aus Sicht der Ölkonzerne in den letzten Jahren nicht ausreichend ausgebeutet worden sind. Zudem wurde beklagt, dass Gaddafi „Knebelverträge“ abschließe, aufgrund derer ausländische Firmen zu wenig Gewinne einführen. Die Befürworter neoliberaler Reformen konnten sich unter Gaddafi nicht durchsetzen – vor zwei Jahren hatte er gar Eigentum der kanadischen Ölfirma Verenex verstaatlicht.

Gaddafi war aber auch in Bezug auf geostrategische Interessen ein zu wackeliger Freund. Die führenden westlich-kapitalistischen Staaten machen sich zunehmend Sorgen um Chinas wachsende Einflussnahme in Afrika. Im Zusammenhang mit der militärischen Intervention Frankreichs in der Elfenbeinküste, der Ausweitung der US-Militärpräsenz in ganz Afrika und dem Staatsaufbau im Südsudan deutet der Krieg in Libyen darauf hin, dass um eine Ausweitung westlicher Vorherrschaft auf dem gesamten Kontinent gerungen wird. Diesen Bemühungen stand Gaddafis Engagement für eine afrikanische Einheit und wirtschaftliche Unabhängig-

keit entgegen. Obendrein sah sich die NATO angesichts der arabischen Aufstände gezwungen, ihren Einfluss in Nordafrika auszuweiten, auch um soziale Revolutionen zu verhindern.

Welche Rebellen unterstützt die NATO? Als am 17. Februar 2011 in mehreren Städten Ostlibyens demonstriert wurde, gingen auch junge Menschen mit der Forderung nach mehr Freiheit und Demokratie auf die Straße. Aber „in dem Maß, wie die militärischen Auseinandersetzungen eskalierten, wurden sie von den bewaffneten Aufständischen, den abtrünnigen Regierungspolitikern und der gut organisierten Exilopposition an den Rand gedrängt. Mit Beginn der NATO-Intervention waren sie endgültig aus dem Spiel.“ Die vom Westen abhängigen bewaffneten Rebellen sind nicht die Verlängerung des „arabischen Frühlings“.

Mittlerweile mehren sich sogar Berichte von schweren Menschenrechtsverletzungen und gewaltsamen Übergriffen gegen Schwarzafrikaner durch Rebellen.

Klar ist, dass die neue libysche Führung seit langem Kontakt zu den Eliten in Europa und den USA unterhält. Zum Beispiel Mahmud Schiril, Premierminister der Übergangsregierung. Er ist bekennender Neoliberaler, lehrte laut *FAZ* in den USA mehrere Jahre strategisches Planen und übernahm in Libyen nach seiner Rückkehr die Leitung des Nationalen Ausschusses für wirtschaftliche Entwicklung, dessen Aufgabe die Privatisierung der bisher staatlich gelenkten Wirtschaft war. Sein Verbündeter, der bereits erwähnte Dschalil, verkündete bei der demonstrativen Siegesfeier Sarkozys und Camerons in Tripolis, man werde sich bei neuen Öl- und Gasgeschäften daran erinnern, wer den Rebellen geholfen habe.

Ob sich die Mehrheit der libyschen Bevölkerung dem Übergangsrat unterordnen wird, ist fraglich. Doch die Koalition versucht zu bewirken, dass alles nach ihren Vorstellungen weitergeht. Schon jetzt hat sich der UNSC mit der Resolution 2009 (2011) einstimmig für die Einrichtung einer neuen UN-Mission in Libyen (UNSMIL) ausgesprochen, die unter anderem den „wirtschaftlichen Wiederaufbau“ des Landes unterstützen soll. Ähnlich wie der Kosovo wird wohl auch Libyen zu einem Protektorat – nach den Vorstellungen westlicher Kapitalinteressen.

Was macht die Antikriegs- und Friedensbewegung?

Viel zu wenig Protest hat sich in der BRD gegen den Krieg in Libyen geregt – bisweilen haben vermeintliche Linke sogar den Militäreinsatz als richtig oder alternativlos legitimiert. Das ist auch deshalb fatal, weil die Autorisierung dieses neoimperialistischen Kriegsein-

satzes mittels des Konzeptes R2P ein gefährlicher Präzedenzfall ist. Anstatt vor dieser Kriegslüge und moralischen Bigotterie zu erstarren, muss die Friedensbewegung sie als das enttarnen, was sie sind: ein perfides Mittel, um die Bevölkerung an der „Heimatfront“ für einen Krieg zu gewinnen, der in Wahrheit für wirtschaftliche und machtpolitische Interessen der Herrschenden geführt wird. Unsere Solidarität gilt nicht der militärischen Inthronisierung von Marionettenregimen im Dienste des Kapitals, sondern der libyschen Bevölkerung und den sozialen Kämpfen weltweit.

Christin Bernhold, Mitglied im LandessprecherInnenrat der Linksjugend [‘solid] Hamburg, Sprecherin des Bundesarbeitskreises Antimilitarismus und Frieden von Linksjugend [‘solid] und DieLinke.SDS

18. bundesweiter und internationaler Friedensratschlag 2011

26. bis 27. November 2011 in Kassel

Umbruch: Die Politik in die eigenen Hände nehmen

- ▶ **Kriege beenden**
- ▶ **Waffenexporte stoppen**
- ▶ **Demokratie und soziale Gerechtigkeit durchsetzen**

Verständigung der bundesweiten Friedensforschung und -bewegung, wissenschaftliche und politische Analysen und Diskussionen zu Afghanistan, Nahost, Imperialismus, Bundeswehr und mehr. Kulturprogramm am Vorabend, Freitag, den 25. November 2011.

Veranstalter: Bundesausschuß Friedensratschlag, www.ag-friedensforschung.de

3. bis 5. Dezember 2011 in Bonn

Proteste gegen „Petersberg II“

Sie reden von Frieden. Sie führen Krieg. Truppen raus aus Afghanistan!

Zehn Jahre nach Beginn des Afghanistankrieges ruft die Friedensbewegung zu gemeinsamen Aktivitäten gegen die Konferenz der kriegführenden Staaten in Bonn („Petersberg II“) auf: Für ein Ende des Krieges, für den Abzug der Truppen und für den Wiederaufbau des Landes und Zukunftsperspektiven für die afghanische Bevölkerung.

Samstag, 3. Dezember: Bundesweite Demonstration mit Beiträgen aus der internationalen Friedensbewegung. Ab 11.30 Uhr am Bonner Kaiserplatz

Sonntag, 4. Dezember: Internationale Antikriegskonferenz. Eintägiges Alternativprogramm zum Kriegsgipfel.

Montag, 5. Dezember: Aktionen des zivilen Ungehorsams gegen die Regierungskonferenz.

Veranstalter: Protestbündnis gegen „Petersberg II“, www.afghanistanprotest.de

1) aid: <http://www.imi-online.de/2011.php?id=2334>

2) R. Merkel: Völkerrecht contra Bürgerkrieg. *FAZ*: 22.3.2011.

3) L. Henken: <http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Libyen/henken.html>

4) J. Wagner: <http://www.gegen-krieg-und-rassismus.de/Libyen-IMI-Analyse.pdf>

5) J. Guilliard: <http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Libyen/afrika2-neu.html>

6) L. Henken

Ein Krieg ohne Kriegserklärung

Der Hamburger Piratenprozess und die EU-NAVFOR (European Navy Forces)-„Mission Atalanta“



Wo die Sicherheit zu Hause ist – Ausschnitt aus der Homepage der EU-NAVFOR

Die zehn Angeklagten aus Somalia im sogenannten Hamburger „Piratenprozess“ sind auf dem deutschen Containerschiff Taipan am 5. April 2010 von einem Niederländischen Kriegsschiff, der Tromp, mit schweren Waffen angegriffen, „festgesetzt“ und eine Woche lang, gefesselt an Bord, nach Mogadischu, von dort in die Niederlande und weiter nach Deutschland transportiert worden. Dabei sind sie u.a. höchst zweifelhaften Verhören ausgesetzt gewesen, die angeblich nur harmlose „Gespräche“ waren. Derjenige, der sie verhörte, gab zu, Offizier des niederländischen Marinegeheimdienstes zu sein. Und der damalige Kapitän der Tromp bekam einen Orden für seine „besonderen Leistungen für die Seefahrt“. Vor Gericht brüstete er sich damit, anfangs sozusagen „auf eigene Faust“ das Gebiet der EU NAVFOR – Mission Atalanta verlassen, die Operation dann aber in Absprache mit den entsprechend zuständigen Stellen durchgeführt zu haben. Die Tromp setzte bei der Operation einen ihrer zwei Bordhubschrauber ein und ein Spezialkommando, dessen Mitglieder auch vor Gericht anonym blieben und dessen Leiter unter falschem Namen und „verkleidet“ auftrat. Da fehlten im Gerichtssaal des Strafjustizgebäudes Holstenglacis aber schon das große Publikum und vor allem das Medieninteresse. Der Zusammenhang zwischen dem ersten Piratenprozess auf deutschem Boden und der Militär-Mission Atalanta wurde und wird denn auch fast durchweg verschwiegen.

Von zwei PflichtverteidigerInnen umrahmt, mit Kopfhörern bestückt, weil alles ins Somalische übersetzt werden muss, und seit fast eineinhalb Jahren in U-Haft, ist der Prozess vor allem für die drei jugendlichen Somalier eine Tortur. Wären sie Hamburger, wären sie schon seit mindestens zehn Monaten nicht mehr im Knast, könnten Deutsch lernen und zur Schule gehen. Doch wen interessieren ihre bescheidenen Wünsche? Wen interessiert ihre Angst um ihre Angehörigen, die vor Hunger und Gewalt in die Flüchtlingscamps fliehen müssen? Wen interessiert es, dass sie keine Jugend haben und als Kinder zusehen mussten, wie ihre Mütter und Väter ermordet wurden, wie sie sich, alleingelassen, ohne lesen und schreiben zu können, durchs permanent bedrohte Leben schlagen mussten? Wen interessiert es, wenn sie zu Recht immer wiederholen, dass das Gericht und alle Anwesenden sich nicht vorstellen können, wie

ihr „Leben“ in Somalia war? Das Gericht spricht von „Fluchtgefahr“. „Wohin sollten sie fliehen?“ fragen die VerteidigerInnen, deren Anträge auf Haftverschonung textbausteinartig abgelehnt werden. Die Angeklagten sind inzwischen krank, werden aber für „verhandlungsfähig“ erklärt. Justitia wird jetzt, wo weitere Beweisanträge gestellt werden, um die Notlage zu belegen, aus der heraus die „Piraten“ handelten, plötzlich ungeduldig. Geht es vielleicht gar nicht um einen „ordentlichen Prozess“? Geht es vielleicht nur darum, ein Exempel zu statuieren, um ein militärisches Bündnis zu legitimieren?

Die EU-NAVFOR-„Mission Atalanta“, der erste gemeinsame europäische Militäreinsatz, soll seit Dezember 2008 am Horn von Afrika in erster Linie „humanitäre Lieferungen an Somalia“ schützen und dabei Piraten aufbringen. Möglich machte einen derartigen Eingriff in die Hoheitsrechte eines Staates eine entsprechende Resolution des UN-Sicherheitsrates vom Juni 2008. Das zerstörte und entmachtete Somalia stimmte ihr in Form einer sogenannten Übergangsregierung, deren Mitglieder immer nur kurz ins Land kommen, aber in Kenia leben, selbstverständlich zu.

Außer den Niederlanden sind an Atalanta im direkten Militäreinsatz noch Frankreich, Spanien, Griechenland, Schweden, Italien, Belgien, Großbritannien und nicht zu vergessen: Deutschland beteiligt. Ein deutsches Aufklärungsflugzeug filmte sowohl den Überfall als auch die Aktion der Niederländer aus großer Höhe. An Atalanta sind aber auch deutsche Kriegsschiffe beteiligt, von denen erst vor kurzem eines in Hamburg gefeiert wurde – ebenso wie die Tatsache, dass Deutschland voraussichtlich bis Dezember 2011 die Führung des Kommandos hat. Bei der Logistik im Hauptquartier der „Mission“ in Dschibuti „helfen“ noch Portugal, Luxemburg und Estland und zu den weiteren „Ausrüstern“ zählen Zypern, Rumänien, Bulgarien, Slowenien, Tschechien, Ungarn, Polen, Irland und Finnland. Selbstredend kooperiert „Atalanta“ auch mit der NATO.

Von den 213 Millionen Euro, die eine „Geberkonferenz“ in Brüssel April 2009 bewilligte, sollen nur zwei Prozent für nicht militärische Zwecke verwandt worden sein. Die europäische Rüstungsindustrie steht also schon mal als Gewinner fest.



Das EU-Parlament hat den ursprünglich zeitlich begrenzten Einsatz inzwischen bis Dezember 2012 verlängert und Deutschland macht weiterhin mit, obwohl der verkappte Kriegseinsatz allein 2009 die Steuerzahler 43,1 Millionen Euro gekostet hat.

Kritiker des Einsatzes, wie z.B. der Bremer Professor für Seerecht, Peter Irminger, oder der ehemalige „Coordinateur Maritime“ beim Internationalen Roten Kreuz, Michel Diot, selbst ehemaliger Schiffsoffizier, bezweifeln u.a. seine Effizienz. Um die Piraterie in Somalia wirklich zu bekämpfen, bräuchte es den zivilen Aufbau einer funktionsfähigen Gesellschaft in Somalia, sagen sie. Der Atalanta-Einsatz koste „nur viel Geld und bringt nichts“. Hat die Mission andere „wichtigere“ Ziele, für die Somalia offensichtlich gar nicht kaputt genug sein kann?

Trotz winkender Reichtümer und Machtanteile hat das Schweizer Parlament übrigens erstaunlicherweise einen entsprechenden Beteiligungsantrag mit der Begründung abgelehnt, die Atalanta-Mission sei ein „Krieg ohne Kriegserklärung“ und die Schweiz immer noch neutral.

Anita Friedetzky, Mitglied des Präsidiums des Bundesausschusses DIE LINKE und Beobachterin beim Prozess in Hamburg

Anzeige

Sie reden vom Frieden – sie führen Krieg

**TRUPPEN RAUS
AUS AFGHANISTAN!**

Am 5. Dezember 2011 tagt in Bonn die Internationale Afghanistan-Konferenz.

Zur **Großdemo am 3. Dezember** gegen „Petersberg II“ und für den sofortigen Truppenabzug mobilisiert auch die Hamburger Friedensbewegung.

Bus-Tickets sind zum Preis von 10 Euro (ermäßigt) 20 Euro (normal) 30 Euro (soli) erhältlich beim Hamburger Forum, Wolfgang Kirstein, Telefon: 040-551 3891 und im Wahlkreisbüro Jan van Aken, Wendenstr. 6, 20099 Hamburg, Telefon: 040-280 565 46

BUCHTIPP

Elisabeth Filhol
Der Reaktor

Edition Nautilus, 2010, 122 Seiten

Jahresdosis

Wer von Charlotte Roche, Elke Heidenreich und Alice Schwarzer genug (gelesen) hat, dem empfehle ich den kurzen Roman der französischen Wirtschaftswissenschaftlerin Elisabeth Filhol, der in Frankreich ein Bestseller wurde. Der Reaktor greift ein ebenso bizarres wie böses Symptom der Atomwirtschaft auf, das die Anti-Atombewegung bisher kaum als Problem erkannt hat und meist nur im Zusammenhang mit dem kommunistischen Kapitalismus Chinas wahrgenommen wird: die Wanderarbeiter. Es geht um Leiharbeiter, die mit ihren Strahlenpässen von AKW zu AKW ziehen, um dort bei den regelmäßigen Revisionen die Becken zu reinigen, Sicherheitsvorrichtungen zu prüfen, Brennstäbe auszuwechseln und den Rückbau stillgelegter Reaktoren zu besorgen. Haben sie eine Jahresdosis von 20 Milli-Sievert Strahlung erreicht, müssen sie für den Rest des Jahres aussetzen. In Deutschland zählen 24 000 Menschen zu diesem „Lumpenproletariat der Atomindustrie“ (Robert Jungk, Der Atomstaat 1977), das die gefährlichste Drecksarbeit erledigt. Weit schlechter bezahlt als die Stammbeschäftigten und mit weit geringeren Rechten, sind sie im Durchschnitt einer siebenmal höheren Strahlung ausgesetzt.

Elisabeth Filhol nimmt drei Selbstmorde von Stammkräften in sechs Monaten zum Anlass, die Welt dieser Nomaden offen zu legen. Jean-Yves, seit 25 Jahren auf Wanderschaft, teilt sich mit dem Ich-Erzähler Yann den Wohnwagen. Sie arbeiten im Schichtwechsel, trennen sich und treffen wieder aufeinander, wechseln die Kraftwerke und werden zu verschiedenen Arbeiten eingesetzt, lonesome cowboys in der kalten Romantik der blauen Borwasser-Becken. Und dann erwischt es Yann: er bekommt die Dosis ab, die seine Weiterbeschäftigung unmöglich macht... Filhols Sprache ist präzise, nüchtern, lakonisch – so gelingt es ihr, die alltägliche Bedrohung auch ohne Super-GAU-Szenario spürbar zu machen. Eine Bedrohung, die auch nach dem Atomausstieg, während des jahrzehntelangen Rückbaus der AKW, bestehen bleiben wird.

„Man will sich nicht beklagen. Trotz alledem. Man glaubt nicht, das Recht dazu zu haben. Man würde sich nicht wundern, wenn einer käme und sagte, dass man sich den Strick doch selber gedreht oder die Klinge selbst geschmiedet hätte. Dennoch. Man fühlt sich im Innersten getroffen. Und die Übelkeit und die Müdigkeit sind gar nicht mal das Schlimmste. Wie konnte man es nur so weit kommen lassen, seinen Körper zu verkaufen, wie Fleisch nach Kilopreis, man möchte ihm fast dankbar sein, diesem Körper, dass er uns das auferlegt.“

Norman Paech, Prof. em. für Völkerrecht an der Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP), 2005-2009 Mitglied des Bundestags für DIE LINKE. Hamburg



Foto: Zdravko Sijac

Fragwürdiges Täglichbrot für die Demokratie

Die Medien leisten nicht entfernt das, was die Gesellschaft von ihnen erwarten muss

Ein großer Teil der Bevölkerung hält die Medien nur noch für begrenzt zuverlässig, dieses Unbehagen geht weit über die Wähler der Linken hinaus. Nur noch begrenzt zuverlässig heißt im Klartext: oft unzuverlässig. Das schließt durchaus auch Zeitungen wie die *Süddeutsche* und die *Frankfurter Allgemeine* ein, die sich selbst für Qualitätszeitungen halten.

Ein Beispiel aus jüngster Zeit: Ende September kam eine 60köpfige Delegation aus Namibia nach Berlin: Sie wollte erstmals 20 Totenschädel von Opfern der deutschen Kolonialherrschaft im ehemaligen Deutsch-Südwestafrika in Empfang nehmen und nach Namibia überführen. An ihnen waren damals medizinische Untersuchungen vorgenommen worden, um die angebliche Überlegenheit der weißen Rasse zu beweisen. Was die Leserinnen und Leser beider Zeitungen nicht erfuhren, war der durch die Staatsministerin im Auswärtigen Amt, Cornelia Pieper, ausgelöste Eklat bei der Übergabeceremonie. Sie hatte nach ihrer Rede aufgrund von Buhrufen, die nicht einmal aus den Reihen der namibischen Gäste kamen, die Veranstaltung grußlos verlassen, ohne sich die Reden des namibischen Kulturministers und dreier traditioneller Führer der Herero und Nama anzuhören.

„Leben wir in der Steinzeit oder in toleranten Gesellschaften?“ fragte der sichtlich konsternierte namibische Kulturminister nach der Veranstaltung.

Dass ein solcher Zwischenfall auch von sog. Qualitätsmedien nicht für berichtenswert gehalten wurde, gibt eine Ahnung davon, wie viel Arroganz und Inkompetenz der Verantwortlichen in den Medien auch bei ganz anderen Themen bestimmend sind. Selbst der Journalist und ehemalige WDR-Intendant Fritz hat einmal eingeräumt, dass das Nichtaufspüren der Finanzkrise „ein kapitales Versagen“ des journalistischen Berufsstandes war.

Ignacio Ramonet, der langjährige Chefredakteur von *Le Monde diplomatique* und Mitgründer des globalisierungskritischen Netzwerks Attac, hat schon vor einigen Jahren geschrieben: „Die Medien haben noch nie so viel manipuliert wie heute.“ Ramonet führt das auf die Dynamik der neoliberalen Globalisierung zurück, die die Interessen der Medien, der großen Konzerne und der Politik vereint habe. „Sie alle sind zentrale Akteure der Globalisierung, die Finanzmärkte, die Konzerne und auch die großen Medienkonzerne: Murdoch, Time Warner, Microsoft und andere.“

Als vor vier Jahren der Verkauf der *Süddeutschen Zeitung* anstand, veranlasste das den Philosophen Jürgen Habermas zu Überlegungen, die er in einem Essay in der *SZ* veröffentlichte. Habermas vertrat die Ansicht, dass einige wenige deutsche Zeitungen eine wichtige Rolle bei der politischen Kommunikation spielten. Diese „rasonierende“ Publizistik beeinflusse positiv auch den Rundfunk und die übrige Presse. Wenn man sich vorstelle, dass einige dieser Redaktionen unter den Druck von Finanzinvestoren gerieten, „die auf schnelle Profite aus sind und in unangemessen kurzen Zeiträumen planen“, könnten durch Einsparungen in diesem Kernbereich „die gewohnten journalistischen Standards“ gefährdet werden. Damit würde, so sagte Habermas voraus, „die politische Öffentlichkeit im Mark getroffen“. Denn die öffentliche Kommunikation sei auf den Zufluss von Informationen, die aufwendige Recherche voraussetzten, angewiesen, andernfalls würde die Debatte verarmen und die Öffentlichkeit würde den populistischen Tendenzen keinen Widerstand mehr entgegensetzen können. Damit könnte sie die Funktion nicht mehr erfüllen, die sie im Rahmen eines demokratischen Rechtsstaats aber erfüllen müsste. Habermas‘ Warnung hat freilich nicht verhindern können, dass die Süddeutsche Zeitung wenige Monate später an einen größeren Medienkonzern verkauft wurde.

Einer der Urahnen der Pressefreiheit in Deutschland, Philipp Jakob Siebenpfeiffer, verklagte im Jahr 1832 mit einer höchst originellen Begründung die Regierung, nachdem sie ihm die Druckerpresse versiegelt hatte. Siebenpfeiffer argumentierte, das Versiegeln von Druckerpressen sei ebenso verfassungswidrig wie das Versiegeln von Backöfen. Heribert Prantl, stellvertretender Chefredakteur der *Süddeutschen*, erinnerte in einem Vortrag vor zwei Jahren an diesen Vorgang und meinte, dass in diesem Satz die Erkenntnis stecke, dass die Pressefreiheit das tägliche Brot für die Demokratie ist.

Siebenpfeiffers vor fast 180 Jahren formulierte Erkenntnis ist heute noch ebenso richtig wie damals. Die Qualität der Zeitungen hat sich in den vergangenen 20 Jahren substanziell verschlechtert. Der Hauptgrund dafür liegt darin, dass Zeitungen von ihren privaten Eigentümern nicht mehr primär als Mittel der Information und Aufklärung verstanden werden, sondern in erster Linie als Möglichkeit, Gewinne zu erwirtschaften. Diese Haltung hat dazu geführt, dass heute die großen Medienkonzerne den Markt dominieren und die Zahl der selbständigen Redaktionen dramatisch abgenommen hat. Gab es im Jahre 1954 noch 225 publizistische Einheiten (Redaktionen, die über alle wichtigen Ressorts verfügen), so ist diese Zahl 2010 auf 132 zusammengeschrunpft. (Quelle: Media Perspektiven, Basisdaten, 2010)

Zehn große Verlage bringen fast 60 Prozent der in Deutschland erscheinenden Tageszeitungen heraus. Letzte Alarmmeldung zur Pressekonzentration: Die Axel Springer AG, die Nummer eins auf dem deut-

schen Zeitungsmarkt, möchte sich einen anderen Mediengroßkonzern einverleiben, die WAZ-Gruppe. Der von der Springer AG angebotene Kaufpreis soll 1,4 Milliarden Euro betragen. Von Bedeutung ist, dass die Verlage, um Kosten einzusparen, die Arbeitsbedingungen der Journalisten in den letzten 20 Jahren brutal verschlechtert haben: Redaktionen werden personell ausgedünnt und müssen heute unter immensem Stress arbeiten. Kontrolle der gut organisierten politisch und wirtschaftlich Mächtigen ist unter solchen Bedingungen weitgehend nicht mehr zu leisten. Die unvermeidlichen Folgen sind Mangel an fundierter Kritik, Oberflächlichkeit, Beliebigkeit, Ausweichen auf bunte Themen und Klatsch.

Zu einem alarmierenden Fazit gelangte vor einiger Zeit der Vorsitzende des Deutschen Journalistenverbandes (DJV), Michael Kohlen. In seiner Verbandszeitschrift *Journalist* formulierte er: „Die verfassungsrechtliche Kontrollfunktion der Presse in unserem demokratischen System ist zur Seifenblase geronnen. Die Pressefreiheit ist ein Pseudowert. Der Journalismus, der unsere Gesellschaft kritisch kontrollieren soll, hat das Ende der Fahnenstange vermutlich schon erreicht. Die Werte Öffentlichkeit scheint das nicht weiter zu stören, sie registriert es beiläufig.“

Bei den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sind die Arbeitsbedingungen zwar graduell etwas besser, der Nachteil ist hier jedoch, dass alle Führungspositionen zwischen den großen Parteien ausgehandelt werden, das engt die politische Unabhängigkeit stark ein. Wir erinnern uns noch, dass auf Druck des damaligen hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch dem Chefredakteur des ZDF, der nun wahrlich nicht linksverdächtig ist, der Vertrag nicht verlängert wurde. Und beim Deutschlandfunk reicht die politische Toleranz nicht einmal soweit, in die Presseschau gelegentlich auch einmal Kommentare aus dem *Neuen Deutschland* oder der *jungen Welt* aufzunehmen. Kritische Webportale wie www.NachDenkSeiten.de oder auch unabhängige und oft erstaunlich qualitätsvolle Beiträge in freien Radios können, so wichtig und sympathisch sie auch sind, nur eine begrenzte Gegenöffentlichkeit schaffen.

Wir kommen, so fürchten wir, nicht daran vorbei, dass die fortschreitende Oberflächlichkeit der Medien insgesamt einen Punkt erreicht hat, dass wir, wenn wir einen klaren Kopf bekommen oder behalten wollen, uns beim täglichen Medienkonsum auf journalistisches Bio-Brot umstellen sollten – das normale ist zu minderwertig. Wenn die Bevölkerung aber mehrheitlich keinen klaren Kopf mehr hat, ist die Demokratie in Gefahr.

Almut Hielscher ehem. Redakteurin des *Spiegel*, heute freie Autorin und bei attac München. **Rolf-Henning Hintze** ist freier Journalist und Mitglied der LINKEN in München.



Krise in Hamburg

Seit März 2011 stellt die SPD den Hamburger Senat. Im wesentlichen setzt sie den harten neoliberalen Kurs der CDU-geführten Vorgängerregierungen fort. Die Lage für die meisten Menschen verschlechtert sich weiter. Härten können aber dort zurückgedrängt werden, wo der (außer)parlamentarische Protest hartnäckig ist. Die folgenden Beiträge unterziehen die SPD-Senatspolitik einer Kritik und zeigen Erfolge wie Herausforderungen für die Oppositionsarbeit.

Ausgaben für wen? Einnahmen von wem?

Zur Kritik des SPD-Senats.

Der Haushalt 2011/12 wurde schon von Schwarz-Grün verspätet in die parlamentarische Beratung eingebracht. Durch die vorzeitigen Neuwahlen verzögerte sich die Einbringung noch einmal erheblich. Bis zum Inkrafttreten des Haushaltsplans 2011/12 wird eine „Bepackung“ nach der anderen dem Parlament zugeleitet, und die Bürgerschaft muss im Zuge der vorläufigen Haushaltsführung Ausgaben genehmigen, um, wie es heißt, „erhebliche Nachteile für Hamburg zu vermeiden“.

In der Tat handelt es sich nicht um Kleinigkeiten. So hat die Bürgerschaft für die Bezirksämter zusätzliche Mittel für Dienstbezüge und sächliche Verwaltungsausgaben zur Verfügung gestellt, damit der „Allgemeiner Sozialer Dienst“ in die Lage versetzt wird, seine Aufgabe wahrzunehmen, ferner dringende Investitionen im Hochschulbereich, Mittel für die Ersatzbeschaffung von Schulbussen für behinderte Kinder und für die Grundinstandsetzung von Straßen, 500 000 Euro für die Symphoniker, Leistungen zur Absicherung der Kreditaufnahme zugunsten der Hamburg Port Authority bis 60 Millionen Euro und – unter der neuen Regierung – das Kita-Sofortpaket.

Was aber niemand erwartet hat, ist, dass der SPD-Senat den in der Opposition scharf gescholtenen Haushaltsentwurf von Schwarz-Grün fast unverändert vorlegt. Und das heißt: Die Kürzungsschraube wurde um eine weitere Umdrehung angezogen. Das bekamen vor allem die Hochschulen und die öffentlich Bediensteten und Beamten zu spüren. Mit der Begrenzung des jährlichen Ausgabenwachstums im Betriebshaushalt auf unter ein Prozent macht der SPD-Senat erheblich Druck auf die Bezirke. Das vollmundige Wahlkampfversprechen zur Abschaffung der Studiengebühren wird erst im Haushalt 2013/14 wirksam.

Der SPD-Senat hat von Anfang an Protest aus der Opposition auf sich gezogen, insbesondere in den Haushaltsberatungen fehlte es den Sozialdemokraten an Argumenten und Begründungen für ihren Sparkurs. Sie wiederholten ständig den Verweis auf das schlimme schwarz-grüne Erbe und die drohende Schuldenbremse. Auf der anderen Seite wurde ein Kita-Sofortprogramm beschlossen, mit dem das Wahl-

versprechen zur Rücknahme der CDU/GAL-Gebührenerhöhungen umgesetzt und die Pauschalen für das Kita-Essen abgeschafft wurde. DIE LINKE hat dem in der Bürgerschaft zugestimmt. Die Maßnahmen gehen in die richtige Richtung, in Richtung Gebührenfreiheit und soziale Gerechtigkeit, das 2008 in den Wahlprogrammen der LINKEN stand. Insgesamt ist es ein Erfolg für die Volksinitiative „Frühkindliche Bildung ist ein Grundrecht“, die DIE LINKE von Anfang an unterstützt hat.

Widerstand zeigt Wirkung; so auch bei den Kürzungsabsichten der neuen Wissenschaftssenatorin Dorothee Stapelfeldt. In einem breiten solidarischen Protest liefen Universität und Hochschulen Sturm gegen die mangelnde finanzielle Ausstattung von Forschung und Lehre. Es kam zu eklatanten Auftritten im Wissenschaftsausschuss und harten Diskussionen in der Bürgerschaft. Nun hat die Senatorin mit dem Unipräsidenten eine Vereinbarung ausgearbeitet, durch die mehr Geld zur Verfügung gestellt werden soll, aber erst ab 2013!

Das größte Problem für die Sozialdemokraten ist, dass sie ihren eigenen Ansprüchen nicht gerecht werden. Das im Wahlkampf propagierte Haushaltsprinzip „Pay as you go“ ist noch nicht einmal praktiziert worden. Stattdessen wird bei der Frage nach Finanzierungen auf Haushaltsreste und die globale Minderausgabe verwiesen.

Der Scholz-Senat redet viel über Kürzungen von Ausgaben, aber notwendige Steuergerechtigkeit steht für die Sozialdemokraten nicht auf der politischen Tagesordnung. Dabei zeigt die von Nordrhein-Westfalen gekaufte Steueränderung-CD, dass reiche Hamburger sich immer wieder der Steuerzahlung entziehen. Wir bleiben dabei: Hamburg braucht mehr Steuerprüfer.

Der Hamburger Haushalt hat ein Einnahmenproblem. Wie hieß es auf dem Aktionstag am 15. Oktober 2011 auf dem Rathausmarkt: Geld ist genug da, nur an der falschen Stelle!

Dora Heyenn, Vorsitzende der Hamburger Bürgerschaftsfraktion der LINKEN

Kampf um die Zukunft

„Aber nein, das Wissen, die Erkenntnis der Dinge durch die Vernunft, die Wissenschaft, gibt uns endlich die Genüsse, um die uns der Glaube, das katholische Christentum, so lange geprellt hat; wir erkennen, daß die Menschen nicht bloß zu einer himmlischen, sondern auch zu einer irdischen Gleichheit berufen sind; die politische Brüderschaft, die uns von der Philosophie gepredigt wird, ist uns wohltätiger als die rein geistige Brüderschaft, wozu uns das Christentum verholfen; und das Wissen wird Wort, und das Wort wird Tat, und wir können noch bei Lebzeiten auf der Erde selig werden; – wenn wir dann noch obendrein der himmlischen Seligkeit, die uns das Christentum so bestimmt verspricht, nach dem Tode teilhaftig werden, so soll uns das sehr lieb sein.“ Heinrich Heine, „Die romantische Schule“, Erstes Buch, 1833

Der globale Aufbruch von der arabischen Demokratiebewegung über die Proteste der „Indignados“ bis zu „Occupy Wallstreet“ ist der klare Bruch mit der Weltreligion der „unsichtbaren Hand des Marktes“. Auch der seit diesem Sommer andauernde Widerstand der Hamburger Hochschulen gegen die fortgesetzte Sparpolitik in Bildung, Kultur und Wissenschaft ist auf die Rückgewinnung solidarischer Souveränität gegen die ungehemmte und umfassende Unterwerfung der Menschen unter das Prinzip der Gewinnmaximierung gerichtet.

Die hochschulpolitischen Glaubenssätze des Neoliberalismus hatte die Handelskammer 1999 niedergeschrieben unter dem Titel „Hamburger Hochschulen reformieren. Mehr Freiheit für unternehmerisches Handeln: Humankapital statt Humboldt, Hierarchie statt Demokratie, Studiengebühren statt soziale Offenheit, bulimisches Pauken (Bachelor/Master) statt kritisches Lernen, private Forschungskorruption statt staatlich finanzierte zivile Wissenschaften. Mit dem CDU/Schill/FDP-Senat fanden sich 2001 bereitwillige Vollstrecker für diesen antiaufklärerischen Kreuzzug.

Der angerichtete Schaden ist groß. Die uniweite gemeinsame Vollversammlung von Studierenden, Lehrenden und Verwaltung im Juni 2011 postulierte daher: Es ist Zeit für eine Wende.

Der nun schallende Ruf nach besserer finanzieller Ausstattung der Hochschulen ist zuförderst einer nach emanzipatorischer Bildung und Wissenschaft: „Der Akademische Senat bekräftigt, dass die Universität einen Beitrag zur zivilen, ökologisch nachhaltigen, sozial verantwortlichen und demokratischen Entwicklung der Gesellschaft leisten und somit ihrer öffentlichen Verantwortung aktuell gerecht werden will. Die Universität will sich der Herausforderung stellen, Perspektiven für gestaltendes Eingreifen in gesellschaftliche Entwicklungen zu eröffnen, anstatt lediglich bestehende Gegebenheiten nachzuvollziehen.“ (Stellungnahme des Akademischen Senats der Uni Hamburg zu einem Brief der Wissenschaftssenatorin Dorothee Stapelfeldt, September 2011.)



Foto: FSR Erziehungswissenschaften Uni HH

Die Schulden- und Vermögensuhr der achtschaftsrätekonferenz steht seit Sommer 2011 vor dem Hauptgebäude der Uni

Dieser „Kampf um die Zukunft“ der Gesellschaft beinhaltet auch die freudige Gegnerschaft zur Entwicklungshemmung der „Schuldenbremse“: „Der starren Politik mit der Schuldenbremse steht der zivilisatorische Nutzen sozial offener Hochschulen, demokratischer Bildung und unabhängiger Forschung als Alternative gegenüber. [...] Aus diesen Gründen ist eine haushalts- und wissenschaftspolitische Umkehr notwendig und möglich.“ (ebd.) Dies ist eine ambitioniert humanistische Alternative zu den beschwichtigenden Versuchen des SPD-Senats, die neoliberale Müllhalde behutsam zu kompostieren.

Für den „Kampf um die Zukunft“ wurden bislang circa 50 000 Unterschriften gesammelt, sind im Juni 15 000 Menschen auf die Straße gegangen, wurden die politischen Ambitionen in mannigfaltigen Resolutionen weiterentwickelt, finden weiter Versammlungen und Protestaktionen statt und haben sich diverse Einrichtungen und Personen des öffentlichen Lebens mit eigenen Überlegungen zur gesellschaftlichen Bedeutung von Bildung und Wissenschaft solidarisiert.

Diese Reichweite der „akademischen“ Bewegung hat seine Vorgeschichte in der unverbrüchlichen studentischen Bewegung der Vorjahre. Der Kampf gegen Studiengebühren war begründet mit der Notwendigkeit von Solidarität und Emanzipation, die Bewegung für den Verbleib der Universität in Eimsbüttel mit der Verantwortung der in Geschichte und Gesellschaft verankerten Wissenschaften, die Opposition zur Ba/Ma-Folter mit der Perspektive der Bildung mündiger Bürger.

Die Krise trifft die Hochschulen nicht unvorbereitet. Wenn praktischer Humanismus heute richtig ist, dann war er es immer.

Till Petersen ist Referent der Fachschaftsrätekonferenz der Uni Hamburg. **Olaf Walther** ist Mitglied im Akademischen Senat der Uni Hamburg. Beide sind aktiv in der AG Studierendenpolitik der LINKEN Hamburg.



Wir werden dich nicht vergessen, Genossin Lilo

Irgendwann, Mitte der neunziger Jahre, war ich eingeladen, im Rahmen einer Antifa-Demonstration in Hamburg zu sprechen. Bevor ich losfuhr, bat mich Michael Benjamin, ich möge doch versuchen, mit Lilo Lottermoser ins Gespräch zu kommen. Ich solle sie in einer bestimmten Frage um ihre Meinung bitten. Ich musste Lilo nicht suchen. Als ich nach meiner Rede vom Lastwagen geklettert war, nahm mich jemand in den Arm. Es war Lilo. Die Antifa-Demonstration dauerte lange und wir redeten Stunden miteinander: Über Politisches ebenso, wie über Persönliches. Über die Welt und über die Partei. Natürlich sprachen wir über Antifaschismus. Ihre Eltern, die sie über alles geliebt haben muss, hätten sie in der Nazizeit angehalten, Menschen mit dem Davidstern auf der Straße unbedingt zu grüßen. Ich hatte zuvor über meine Eltern erzählt, meinen Vater, der als Jungkommunist in die Emigration gegangen war und Sachsenhausen und Mauthausen überlebt hatte und meine Mutter, eine deutsche Jüdin, die in tiefster Illegalität Mitglied der KPD geworden war, weil sie die Kommunisten als aktive Hitlergegner kennen gelernt hatte und darauf hoffte, dass die Sowjetunion dem Faschismus das Genick bricht. Wir empfanden wohl sofort so etwas wie Seelenverwandtschaft.

Die Gespräche, die wir seither geführt haben, zählte ich nicht. Die meisten fanden am Telefon statt. Einmal besuchte ich sie zu Hause und wir haben die anderthalb Tage, die ich bei ihr war, fast durchdiskutiert. Sie bewunderte Trotzki. Doch jene moralisierende Ablehnung der Sowjetunion oder der DDR, wie ich sie manchmal bei Anhängern Trotzkis erlebe, gab es für Lilo nicht. Sie versuchte, die Geschich-

te des gewesenen sozialistischen Versuchs in Europa dialektisch zu ergründen, die Zwänge zu verstehen, unter denen wir handelten, die Errungenschaften nicht gering zu schätzen, die wir bereits erarbeitet hatten und die unverzeihbaren Schwächen des Versuchs dennoch zu benennen. So waren wir uns selbst in Fragen sehr nahe, die uns am weitesten hätten auseinander sein lassen können. Das hatte etwas mit Lilos Charakter zu tun. Sie war Lehrerin durch und durch – manchmal überaus didaktisch – aber mindestens ebenso verstand sie sich als Lernende. Sie hatte absolut kein Problem damit, sich den Auffassungen von Menschen zu öffnen, denen sie politisch vertraute und von denen sie wusste oder meinte, die hätten ihr in bestimmten Dingen etwas an Erfahrung voraus. In punkto Kapitalismus waren wir uns ohnehin einig.

Lilo ging es um die Sache. Sie liebte Menschen – das bezeugten auch heute ihre beiden Schülerinnen – und jeglicher Zynismus war ihr fremd. Sozialismus oder Barbarei – davon war sie zutiefst überzeugt. Opportunismus war ihr fremd, aber sie verwechselte diesen nicht mit taktischen Zweckmäßigkeiten. Sie konnte sich überprüfen, aber sie verwechselte dies nie mit tagespolitischen Schwankungen. Sie war – kurz gesagt – menschlich und politisch verlässlich und daher treu zu ihren Freunden. Schwächen sind mir nicht viele erinnerlich. Vielleicht, dass sie manchmal zu ungeduldig war, wenn andere Genossinnen und Genossen nicht die gleiche Liebe zur Theorie verspürten, wie sie.

Lilo fühlte sich zunehmend zur Kommunistischen Plattform hingezogen und hat uns wieder und wieder gesagt, dort sei sie politisch am meisten zu Hause. Es hat sie nicht gestört, dass auch bei uns keine Homogenität herrscht; wichtig war ihr die Art und Weise, mit der Widersprüche ausgetragen werden. Wir haben sie nicht nur gemocht, wir haben sie tief respektiert und haben ihr stets vertraut. Jetzt müssen wir ohne sie zurechtkommen und wissen eins genau: Sie wird fehlen. Manchmal, wenn ich an einem für mich schwierigen Text arbeitete, rief ich Lilo an, und bat sie, zuzuhören. Bei ihr wusste ich stets: Sie wird nichts suchen, um es zu kritisieren. Wenn sie Kritik übt, macht sie es um der Sache willen und nicht, um Eitelkeiten zu befriedigen.

Sie hat ihre Krankheit mutig ertragen und bis zum Schluss selbstbestimmt gehandelt. Sie wusste, dass sie keine Chance mehr hat und war doch bis zum Schluss interessiert an den Dingen, die ihr ganzes Leben ausgemacht hatten. Sie wollte zu Hause sein, wenn sie geht, und sie war zu Hause.

Wir werden Lilo nicht mehr hören, aber wir werden auf sie hören – auf ihre Redlichkeit, ihre reichen Erfahrungen und ihre Ratschläge. Wir werden uns gemeinsam an eine Frau erinnern, mit der man Pferde stehlen konnte. Und Lilo ist in dem Wissen gegangen, dass wir nicht aufgeben, dass wir weitermachen werden in ihrem Sinne.

Wir werden Dich nicht vergessen, Genossin Lilo.

Aus der Trauerrede von **Ellen Brombacher**, Bundessprecherin der KPF; Hamburg, 25. September 2011

Bundesregierung und Senat protegieren Rüstungsproduktion

Die Metropolregion Hamburg boomt nicht allein aufgrund des Hafens oder des Tourismus – auch das milliardenschwere Geschäft mit dem Krieg füllt die Kassen der Region, denn hier werden im großen Umfang Rüstungsgüter produziert. Zahlreiche Hamburger Firmen, die Motoren, Maschinen oder elektronische Anlagen produzieren, tun dies nicht allein für den zivilen Bereich; ihre Kunden sind auch die Bundeswehr und die Streitkräfte anderer Staaten, darunter viele Diktaturen.

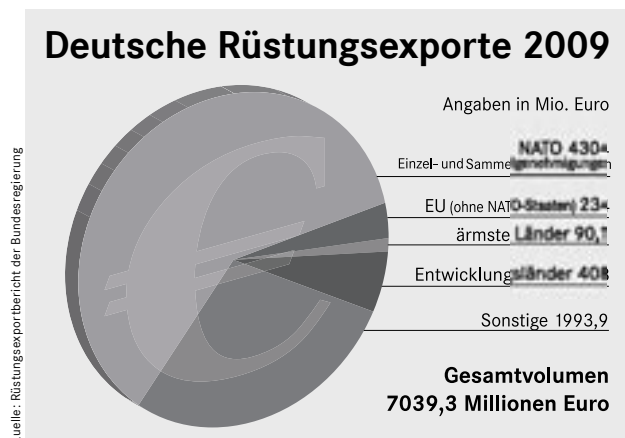
Es ist zwar kein Geheimnis, dass bei Blohm+Voss seit über 100 Jahren Kriegsschiffe gebaut werden, dass MTU Motoren für Panzer und U-Boote produziert, dass Rheinmetall Waffen und Munition herstellt. Doch neben diesen bekannten Rüstungsunternehmen gibt es in Hamburg zahlreiche weitere Firmen, die auch für den militärischen Bereich produzieren und damit ein großes Geschäft machen. Die Hamburger Produktpalette reicht von Kabeln für Kampfflugzeuge über Munitionsaufzüge für Torpedos, Radaranlagen für Kriegsschiffe, Luftentfeuchter für Panzer und Softwaresystemen für Fregatten bis hin zu antimagnetischen U-Boot-Küchen. Kriegsschiffe für Israel und Nigeria, Torpedos für Indien und Südkorea, Panzermotoren für Ägypten und Bahrain – alles „made in Hamburg“.

Das alles wird in der Öffentlichkeit kaum thematisiert. Wir wollen das ändern – und werden deshalb in Kürze einen aktuellen Rüstungsindex vorlegen, der rund 100 Unternehmen mit rüstungsrelevanten Produkten und Dienstleistungen aus Hamburg und dem Umland listet. Wir möchten, dass alle HamburgInnen wissen, was die Unternehmen in der Nachbarschaft produzieren und verkaufen.

Die Rede ist hier nicht von illegaler Produktion und Waffenschmuggel. Sondern von alltäglicher, legaler Praxis, die von Bundesregierung und Senat protegiert und gefördert wird. Hamburger Firmen profitieren davon, dass die Bundesregierung nach wie vor auf Aufrüstung statt Abrüstung setzt und ohne Unterlass Rüstungsgeschäfte mit Ländern in der ganzen Welt abschließt. Die vermeintlich strenge Exportkontrolle, auf die die Bundesregierung dabei gern verweist, gibt es in der Praxis nicht: Nicht nur der Gesamtwert der genehmigten Rüstungsgeschäfte ist in den letzten Jahren gestiegen, auch wird weiterhin an größte Menschenrechtsverletzer, in Krisen- und Kriegsgebiete geliefert. Und obwohl ihn die Verfassung der Freien und Hansestadt – „im Geiste des Friedens eine Mittlerin zwischen allen Erdteilen und Völkern“ – darauf verpflichtet, zeigt der Hamburger Senat keinerlei Bestrebung, die Geschäfte mit dem Krieg zu beenden und sich für eine nachhaltige Wirtschaft und ein friedensförderndes Hamburg einzusetzen. Im Gegenteil sind Politik und

Rüstungslobby auch an der Elbe eng miteinander verzahnt. So lässt sich die hanseatische SPD immer noch durch Johannes Kahrs im Bundestag vertreten, der große Wahlkampfspenden von der Rüstungsindustrie einstrich und im Verteidigungsausschuss entsprechend agiert.

Von den Scheinargumenten der Rüstungslobby sollte sich niemand einwickeln lassen. Das beliebteste – Rüstung schaffe Arbeitsplätze – besagt im Kern, ein deutscher Arbeitsplatz sei ein höheres Gut als das Leben der Menschen, die mit deutschen Rüstungsgütern in Kriegen und Bürgerkriegen getötet werden. Kein Argument kann die Produktion von Waffen rechtfertigen, die Tod und Elend über Kinder, Frauen und Männer bringen. Fast jede exportierte Waffe landet früher oder später in einem Krieg und tötet Menschen. Waffen haben auch nur diesen einen Zweck: zu töten. Deshalb können wir Rüstungsproduktion nicht mit anderen Wirtschaftszweigen gleichsetzen. Und selbst rein wirtschaftlich betrachtet hinkt das „Arbeitsplatz-Argument“ gewaltig: Denn die neuen Demokratien in Tunesien und anderswo werden sehr genau schauen, wer denn ihre früheren Unterdrücker mit Waffen beliefert hat. So können militärische Exporte langfristig auf Kosten der zivilen Exporte gehen.



Wir streiten dafür, dass in Hamburg keine Rüstungsgüter mehr hergestellt werden. Die Stadt muss den längst überfälligen Weg der Rüstungskonversion einschlagen, für den einzelne Modellprojekte schon vor Jahren Vorarbeit geleistet haben. Es geht um die komplette, unwiderrufliche Umstellung militärischer auf eine zivile und nachhaltige Produktion. Wenn Zuschüsse aus Steuermitteln fließen, dann in sinnvolle Konversionsprojekte – und nicht wie bisher in die Rüstung.

Deutsche Rüstungsgüter gefährden weltweit den Frieden und das Zusammenleben der Menschen. Sie erhöhen die Gefahr von Kriegen, schüren Konflikte und verhindern deren Lösung mit zivilen und gewaltfreien Mitteln. Krieg, Tod und Elend beginnen bereits mit der Rüstungsproduktion direkt vor unserer Haustür. Wir sollten nicht zulassen, dass Hamburg noch länger davor die Augen verschließt.

Jan van Aken ehem. Biowaffeninspektor, seit 2009 Mitglied des Bundestags für DIE LINKE. Hamburg



In den letzten Monaten hat hierzu eine intensive Diskussion nicht nur in der Hamburger Öffentlichkeit stattgefunden. Ein Papier das die SPD regierten Stadtstaaten, in dem „eine Änderung der Rechtsgrundlagen im SGB VIII“ vorgeschlagen wird, sorgte für Aufregung. Hier wird versucht, mit fachlichen Vorgaben in Form von Kontrakten und zusätzlich bereitgestellten Geldern für die Bezirke, Fälle „einzusparen“ und so die Senkung der Hilfe zur Erziehung (HZE)-Fallzahlen zu bewirken.

Der Hintergrund: Seit 2004 steigen die Fallzahlen und die Ausgaben für die HZE in Hamburg. Betragen die Ausgaben 2004 noch rund 132 Millionen, so betragen sie 2010 rund 230 Millionen. Im ersten Halbjahr 2011 befanden sich über 10 000 Kinder und Jugendliche in HZE-Maßnahmen¹ und². Der Hamburger Senat kalkuliert für 2011 mit rund 233,3 Millionen Euro. Vor diesem Hintergrund versucht der Hamburger Senat, wie auch schon der Vorgängersanat, in der Hamburger Kinder-, Jugend- und Familienpolitik die Kosten von HZE zu begrenzen und dafür sozialräumliche Angebote und Hilfen aufzubauen. Die Neuausrichtung betrifft auch die Kindertagesbetreuung, Schule und die soziale Infrastruktur. Vor diesem Hintergrund sind die mit dem Landeselternausschuss (LEA) vereinbarten Verbesserungen im Kita-Bereich zu sehen.³ Hier hat die Verlagerung der Horte an die Grundschulen ihren Ursprung. Sie sollen die Rechtsansprüche auf Bildung und Betreuung für Kinder aus Hartz IV Familien wiederherstellen.⁴ Hier sind die zusätzlichen Gelder für die Sozialräumlichen Angebote und Hilfen (SAH) verortet. Rund zehn Millionen hat der Senat den Bezirken für diese Maßnahmen zugesagt⁵. Diese sollen die unterfinanzierte soziale Infrastruktur stärken, wird aber die Defizite lediglich abmildern. Aber an keiner Stelle wird die Möglichkeit erwogen, dass die Kostensteigerungen mit einer Zunahme der Problemlagen in der Gesellschaft zu tun haben könnten.

Das gängige Argument: Sensibilisierung beim Kinderschutz. Die Steigerungen der Fallzahlen und damit auch der Ausgaben beginnen schon vor dem Tod von Jessica (2005) und der Tod von Lara Mia (2009). Sicher haben diese beiden Todesfälle auch Einfluss auf die Entwicklung der Fallzahlen gehabt, weil der in die Kritik geratene ASD in der Folgezeit im Zweifel eher die Herausnahme aus der Familie verfügte, um auf der sicheren Seite zu sein. Auch würde die „starke Stellung der freien Träger“, das System immer teurer machen. Aber diese Erklärung greifen zu kurz. Der Hinweis von Seiten der LINKEN Kürzungen bei Rechtsansprüchen von Kindern, Erwerbslosen und Migranten durch das Kita-Gutscheinsystem, der Verweis auf die Kürzungen der Personalschlüssel in den Kitas in 2005 und die Hartz IV, sowie die Kürzung der sozialen Infrastruktur (Häuser der Jugend, Bauplätze, etc.) sind entscheidend für die prekäre Lage, wurden regelmäßig mit Gelächter quittiert.

Ursache: Hartz 4 und Kinderarmut. Die Einführung der Hartz-Gesetze hat zu einer großen Ausweitung von Armut und Unterbeschäftigung geführt. Rund 12 Millionen Menschen sind von Armut betroffen. Die Kinderarmut hat sich seit Einführung von Hartz IV auf drei Millionen bundesweit verdoppelt. In Hamburg lebt jedes vierte Kind in Armut, das sind rund 55 000 Kinder unter 15 Jahren, die abhängig von ihren Eltern von ALG II leben müssen.⁶ Dazu kommen noch Jugendliche unter 25 Jahre. Qualitativ bedeutet Hartz IV für Jugendliche ein Leben in einer Zwangsgemeinschaft. Jugendliche dürfen nicht ausziehen, auch wenn sie sich nicht mit ihren Eltern verstehen. HZE sind hier ein Weg zur Selbstbestimmung. Armut hat sich verfestigt! Wer in Armut aufwächst, endet oft ohne Schulabschluss und Ausbildung. Dabei sind die Hartz-Gesetze auch ein Instrument der sozialen Kontrolle. Die Betroffenen sind einer „Verfolgungsbetreuung“ ausgesetzt. Ihre Wohnungen werden inspiziert, das richtige Ausgeben der Gelder überwacht, sie werden mit Maßnahmen in

„Bewegung“ gehalten und mit Bürokratie überschüttet. Konflikte in der Familie sind so vorprogrammiert.

Dies gilt auch für das Kinderjugendhilfegesetz (KJHG). Die dort festgelegten Rechtsansprüche haben einen Doppelcharakter: sie sind Kontrollinstrument des Staates gegenüber den Betroffenen; aber die HzE sind auch eine Möglichkeit für Kinder und Jugendliche aus ihren Familien herauszukommen und ein eigenes Leben zu führen.

Ursache: Abbau sozialer Infrastruktur. Im Papier der BASFI (Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration) vom 24. August 2011 wird die aktuelle Situation beim ASD vom neuen Senat wie folgt zusammengefasst: „Die derzeit hohe Fluktuation im ASD gefährdet die Ziele der Reform. Auch deshalb muss sichergestellt werden, dass die Arbeitsbedingungen im ASD so verbessert werden, dass die Schlechterstellung gegenüber vergleichbaren Arbeitsplätzen (z.B. bei freien Trägern oder im Umland) überwunden wird und insbesondere für junge Kolleginnen und Kollegen ausreichend Qualifizierungs- und Supervisionsmöglichkeiten und ein Einarbeitungsprogramm bestehen.“ Vor diesem Hintergrund sind auch die zehn Thesen von Staatsrat Pörksen auf dem 14. Jugendhilfetag in Stuttgart vom 8. Juni 2011 zu sehen. „Der Ausbau kommunaler Infrastruktur für Kinder, Jugendliche und Familien kann nicht gelingen, wenn die dafür erforderlichen Gelder vorrangig in nachsorgende Sozialleistungen fließen.“ So richtig die Beschreibung dieses Sachverhalts ist, so ist doch seine Aussage im selbigen Referat „eine bessere Kinder- Jugendhilfe ist die preiswertere“ mindestens irreführend. Wenn der Senat jetzt zusätzliche Gelder für den Sozialraum zur Verfügung stellt, dann wird nur ein kleiner Teil der Finanzen ersetzt, die in den letzten Jahren gekürzt worden sind. Die Mitwirkung der SPD wird verschwiegen. Schon in rot-grüner Verantwortung hatte es massive Eingriffe in die soziale Infrastruktur der Stadt gegeben. Das anschließende Konzept der CDU geführten Senate bestand aus folgenden Komponenten: Ehrenamtliche Arbeit statt sozialer Infrastruktur, soziale Kontrolle und Individualisierung in Form von HzE und geschlossene Unterbringung in der Feuerbergstraße für diejenigen, die das System nicht akzeptieren. Das Konzept Feuerbergstraße scheiterte grandios.

Ursache: Die Privatisierung und Unterfinanzierung von Bildung. 2003 führt der Hamburger Senat das Kitagutscheinsystem ein. Folge: Privatisierung der Kitas, Ganztagsplätze in der Regel nur für Kinder von Berufstätigen; 2004 Kürzung der Personalschlüssel für Kitas trotz Widerstand⁷. Der rot-grüne Vorgängersenate hatte vielfach schon die Vorarbeit geleistet.

Stand der Diskussion zur Neuausrichtung der Jugendhilfe. Weder in den Kontrakten der Fachbehörde mit den sieben Bezirken noch im Papier der BASFI vom 24. August 2011 wird die Möglichkeit erwogen, dass die Kostensteigerungen im HZE Bereich gesellschaftliche Ursachen haben könnte. Auch der Zusammenhang zwischen Ausgabenanstieg in diesem Bereich und den Kürzungen in

der sozialen Infrastruktur – bei zunehmender Armut, wird nicht zur Kenntnis genommen. Mehrausgaben sollen ausdrücklich an einzusparende HZE Maßnahmen gekoppelt werden. Es steht also eher die Konsolidierung des Haushaltes im Vordergrund. Der Bezirk Mitte ist hier das Extrembeispiel. Sheriff Schreiber baut den ASD zu einer Überwachungsinstitution zur Einsparung von HzE aus. Eltern wird mit einem Grundrechte einschränkenden familienrechtlichen Verfahren nach §1666 BGB gedroht.⁸ Nicht der oft stattfindende Kontrolleingriff in die Lebenswelt der betroffenen Familien wird kritisch hinterfragt, sondern die Effizienz der Hilfe angezweifelt. Wie in der Dokumentation Kinderschutz formuliert, geht es der BASFI darum, die etwa 250 Vereine, die in Hamburg einen Großteil der Sozialarbeit leisten, stärker zu kontrollieren, auf Effizienz zu trimmen und leistungsabhängiger zu bezahlen, als das bisher der Fall war.⁹

Konsequenzen. Für die Partei und Fraktion DIE LINKE ist die offene Kinder- und Jugendarbeit völlig unterfinanziert. Die zehn Millionen SAH-Mittel sind ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Hartz-Gesetzgebung muss mit in den Blick genommen werden. Die Regelsätze für diese Familien müssen erhöht werden. Kinder aus Hartz IV-Familien und aus Familien mit einem berufstätigen Elternteil müssen das Recht auf einen ganztägigen Kitaplatz ab dem ersten Lebensjahr haben und Jugendliche aus solchen Familien brauchen die Möglichkeit, von zu Hause ausziehen zu können.

Grundsätzlich muss eine Abkehr von dem Argument der „Wirtschaftlichkeit des Sozialen“ erfolgen. In Krisenzeiten werden ohne lange Diskussionsprozesse Millionen bspw. in die HSH-Nordbank gesteckt. Wenn es aber um die Stärkung der Menschen in der Stadt geht, werden Krokodilstränen mit Verweis auf die „fehlenden“ Geldmittel geweint. Die Rahmenbedingungen müssen verbessert werden: Schaffung von (öffentlich geförderter) Erwerbsarbeit und Armutsbekämpfung Diese Diskussion muss aus unserer Sicht auch bundesweit von der Linken geführt werden. Dies gilt sowohl für die fachliche Diskussion, als auch für die Fragen der Finanzierung.

Ronald Prieß ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Bürgerschaftsfraktion und **Mehmet Yildiz** ist Bürgerschafts-abgeordneter für DIE LINKE

(1) Schriftliche Kleine Anfrage des Abgeordneten Christoph de Vries (CDU) vom 15.07.2011

(2) Drucksache. 20/1047

(3) siehe Vereinbarung der SPD mit dem LEA HH

(4) siehe PM der Fraktion DIE LINKE vom 1.9.2011, Beitrag Recht auf Stadt – auch für Kinder in Debatte Nr. 2 und die 10 Thesen von Staatsrat Jan Pörksen auf dem 14. Deutschen Kinder- und Jugendhilfetag in Stuttgart am 8. Juni 2011

(5) u.a. Drs. 20/1047

(6) Wahlprogramm der Partei DIE LINKE 2011 Seite 7

(7) Siehe: Zur Diskussion im AK Kinder- und Jugendhilfe. Arbeitsprogramm 2011. Das Kapitel „Die Entwicklung der letzten 10 Jahre“

(8) siehe Punkt 3.1. Abs. 4 des Papiers der BASFI vom 24. August 2011

(9) mehr in den Stellungnahmen der Landesarbeitsgemeinschaft für Erziehungsberatung vom 30.8.2011, den Anmerkungen der Geschäftsstelle des Verbandes der Kinder und Jugendarbeit Hamburg und der Stellungnahme der Jugendamtsleitungen zum Diskussionspapier der BASFI vom 24.8.2011



Foto: Zdravko Stic

Auf dem Landesparteitag im November sollen die Delegierten über Satzungsänderungen des Landesverbandes entscheiden. Anfänglich nahm die Kritik an Größe und Zusammensetzung des Landesvorstandes zu. Er sei so nicht handlungsfähig. Vier plus eins (Schatzmeister) im geschäftsführenden Vorstand sei zu viel, der Entscheidungsprozess zu

Räte- oder Ausschussbildung?

Tilman Rosenau ist Bezirksvorstandsmitglied der LINKEN in Hamburg-Mitte

Ist Papier geduldig? Sind Satzungsfragen Hilfen für das Selbstverständnis der Partei oder Machtfragen von Interessengruppen? Welche Auswirkungen haben Satzungsfragen in der politischen Alltagsarbeit? Verlieren oder gewinnen die Bezirke an Einfluss, wenn ihr Agieren vom Landesvorstand auf einen Landesrat verschoben wird?

Meine Erfahrungen mit dem Umgang mit Satzungsfragen sind da eher ernüchternd. Je mehr sich Einzelne als Experten ausweisen oder „ernannt“ werden, desto größer die Verunsicherung der Mitglieder in ihrem Handeln innerhalb der Partei. Darf ich dies oder das machen und wer entscheidet überhaupt darüber?

Ich bin ein Befürworter kleiner Gremien. Wenn jede/r nur drei Minuten hat und höchstens zwei Mal an einem Diskussionsprozess teilnehmen kann, können in den seltensten Fällen die komplexen Fragen, zu denen wir eine Handlungsrichtung entwickeln wollen, ausreichend beleuchtet und dargestellt werden. Die Verantwortung gegenüber den Mitgliedern, diese im Vorfeld der Entscheidungsprozesse vollwertig einzubeziehen, besteht immer; ganz gleich wie groß ein Gremium auch sei.

Zur Frage eines neuen Gremiums neben dem Landesvorstand hat die Kommission einen Entwurf vorgelegt. Ein Gremium, das aus Landesvorstandsmitgliedern, Repräsentanten der Bezirksvorstände und des Jugendverbandes bestehen soll: der Landesausschuss. Alternativ wird die Einsetzung eines Bezirksrates diskutiert.

Ähnlich wie die Beteiligungsgremien auf parlamentarische Ebene soll auf Vorschlag der Mehrheit der Kommission des Landesvorstandes der neu zu bildende Landesausschuss „Empfehlungen“ an den Landesvorstand aussprechen können. Was der dann damit macht, obliegt seiner Entscheidungshoheit. Der als höchstes beschlussfassendes Gremium zwischen den Parteitagen intendierte Landesausschuss droht zur Spielwiese für diejenigen zu werden, die indirekt dafür verantwortlich gemacht werden, dass der Landesvorstand bislang nicht so funktioniert hat wie er es sollte. Und wenn schon die Größe des Landesvorstands immer wieder als arbeitshemmend bezeichnet wird, dann droht dieses Problem in den Landesausschuss verschoben und dort potenziert zu werden: Nach vorliegender Planung sollen dem Landesausschuss 34 (!) stimmberechtigte und vier beratende Mitglieder angehören.

Zu diesem Vorschlag liegt ein Alternativentwurf vor: der Bezirksrat; ein Organ, das imstande ist, die Anforderungen an den Landesvorstand zu reduzieren und die Bezirksstruktur des Landesverbandes zu stärken.

Dem Bezirksrat sollen mit beschließender Stimme je zwei Mitglieder pro Bezirk, ein Mitglied des Jugendverbandes und ein Mitglied des Landesvorstands angehören, mit beratender Stimme je ein/e Vertreter/in pro Bezirksfraktion und ein/e Vertreter/in der Bürgerschaftsfraktion an. Somit hätte der Bezirksrat 16 Mitglieder mit beschließender und acht Mitglieder mit beratender Stimme – also

insgesamt 24 Mitglieder. Die Größe ist so gewählt, dass alle Bezirke, der Landesverband und die Fraktionen vertreten sind, ein intensiver und ergebnisorientierter Austausch stattfinden kann und der Bezirksrat dennoch in der Landesgeschäftsstelle tagen könnte.

Die alte Bezirksvertreterregelung sollte der nächst unteren Parteiebene Einfluss auf die Landespolitik geben. Dies hat so nicht funktioniert, weil die thematische Aufgabenfülle alle 14 Tage in vier Stunden nicht zu bewältigen ist. Ein Verweisen der Bezirke in einen eher repräsentativen Ausschuss, der bestenfalls dem Landesvorstand zuarbeitet, wird die Nähe zur aktiven Basis nicht herstellen. Deshalb ein Rat der Bezirke.

Die Gewichtung beim weiteren Parteaufbau muss auf den Bezirken liegen. Stimmung und Lage der Partei zeigen sich hier am authentischsten. Die Abstimmung zwischen zwei Handlungsebenen – dem Landesvorstand als Beschlussfassenden Organ für tagespolitische Aufgaben und die Vernetzung zur Bürgerschaftsfraktion und zur Bundesebene einerseits und dem Bezirksrat, als Gremium der Basis, der sich konkret über das Aktivenpotential auskennt – wird zu einem Konzept führen, dass das real machbare herausfiltert. Im Bezirksrat sollen die Einschätzungen der Bezirke gebündelt und auf kurzem Weg dem Landesvorstand vermittelt werden. So kann aus dem, was wir wollen, und dem, was wir können, eine Balance geschaffen werden, die zu einer größeren Strahlkraft der LINKEN in die Gesellschaft führt.



Foto: Privat

lang und lähme die Partei. Die Bezirksvertreterregelung sei ineffektiv. Ein Landesrat soll diese Regelung ersetzen. Zusätzlich kam die Frage auf die Regelung der Trennung von Amt (Vorstand) und Mandat (Fraktion) aufzuheben. Eine Kommission des Landesvorstandes wurde gebildet und hat einen Änderungsentwurf vorgelegt.

Schafft DIE LINKE sich zu ändern?

Jan Rübke ist im Hamburger Landesvorstand und dort zuständig für Satzungsfragen

Im Landesvorstand werden die Bezirke durch in den Bezirken gewählte VertreterInnen, die vom Parteitag bestätigt werden, repräsentiert: „Bezirksvertretermodell“. Für dieses Modell mag es Gründe gegeben haben, die v.a. aus dem Wunsch resultieren dadurch das Zusammenwachsen der jungen Partei aus WASG, Linkspartei, PDS und einer erheblichen Zahl an Neumitgliedern zu erleichtern. Dieses Konzept ist gescheitert. Es hat die erwünschte Wirkung nicht erreicht:

Die Lage in den Bezirken wurde im Landesvorstand nur bei massiven Problemen thematisiert.

Die unterschiedlichen Erfahrungen wurden nicht ausgetauscht, geschweige denn daraus Konsequenzen gezogen.

- ▶ Es gelang dem Landesvorstand nicht zu einem politisch führenden, initiativen und mobilisierenden Zentrum der Hamburger LINKEN zu werden.
- ▶ Die Wahlmodalitäten begrenzen durch die Wahl vorwiegend männlicher Vertreter aus den Bezirken in Verbindung mit der Quotierung die Souveränität des Landesparteitages bei der Wahl der Mitglieder des Landesvorstandes.

Was DIE LINKE braucht um zu einer politischen bewussten, die eigenen Erfahrungen und die anderer politischer Kräfte reflektierende, aktiv in die Hamburger Politik eingreifenden Partei zu werden ist ein handlungsfähiger Landesvorstand, der im Rahmen der Beschlüsse der Bundespartei, der Landesparteitage und des Landesrates politisch agiert.

Ein Landesausschuss, der fähig ist aufgrund der Beschlüsse der Bundespartei, der Landesparteitage die Politik der LINKEN für Hamburg unabhängig von der Hektik des Tagesgeschäftes und des zeitlich begrenzten Landesparteitages, zu diskutieren und zu formulieren.

Aufgabe des Landesvorstandes ist es dabei gemeinsam mit unseren Fraktionen politische Initiativen allein und mit BündnispartnerInnen auszulösen und weiterzuführen und so die Hamburger Landespolitik voranzutreiben.

- ▶ gemeinsam mit den Fraktionen deren spezifische Aufgaben zu vereinbaren.
- ▶ spezifische und konkrete Bündnis Konzepte für Hamburg entwickelt.
- ▶ die Partei zu dem zu machen, was viele, nicht zuletzt unsere WählerInnen, von uns erwarten: Missstände ansprechen, Ursachen benennen und Lösungen vorschlagen.
- ▶ ständig die Entwicklung der Landespartei zu reflektiert und diese entsprechend der Möglichkeiten und Erfordernisse weiter entwickelt.

Um seinen Aufgaben gerecht zu werden, sollte der Landesausschuss eine Größe haben, die ihm sowohl die nötige politische Breite als auch eine Arbeitsfähigkeit zu gewährleisten. Wir schlagen dazu eine Größe von 34 Mitgliedern vor. Seine Mitglieder sollen grundsätzlich in den Bezirken gewählt werden. Zusätzlich sollen ihm zwei VertreterInnen des Jugendverbandes angehören. Um eine gute Zusammenarbeit / Ergänzung von Landesvorstand und Landesrat zu ge-

währleisten sollen dem Landesrat drei Mitglieder des Landesvorstandes angehören. So soll sowohl einen blockierendes Gegeneinander von Landesvorstand und Landesrat vermieden werden, als auch eine Dominanz des Landesvorstandes im Landesausschuss vermieden werden. Dies scheint uns bei einer Begrenzung auf sechs VertreterInnen des Landesvorstandes, und damit unter 20 Prozent des Landesausschusses, gegeben zu sein. Zudem spricht erfahrungsgemäß wenig dafür, dass die Mitglieder des Landesvorstandes grundsätzlich als Block agieren.

Auch die im vorgeschlagenen begrenzten Entscheidungskompetenzen sind dem Willen ein Gegeneinander von Landesvorstand und -ausschuss zu vermeiden geschuldet. Angesichts der laufenden innerparteilichen Debatten scheint eine über den jetzigen Satzungsentwurf hinausgehende Überprüfung / Abgrenzung der Kompetenzen von Landesparteitag, -ausschuss und -vorstand sinnvoll.

Unabhängig davon wird sich ein Landesvorstand auch bei einer fehlenden Entscheidungskompetenz des Landesausschusses im Rahmen der Satzung allein aus Gründen der politischen Bedeutung des Landesausschusses nicht ohne Not gegen seine Beschlüsse stellen.

Im Übrigen stellt ein Landesausschuss in Hamburg nur die Normalität innerhalb der LINKEN her – in allen anderen Landesverbänden gibt es einen solchen, sogar in der räumlich kleineren und mitgliederschwächeren Hansestadt Bremen.



Sind linke Parlamentarier eine Gefahr für DIE LINKE?

Herbert Schulz ist Mitglied des Geschäftsführenden Landesvorstandes Hamburg

In der Diskussion über das Für und Wider der Trennung von Amt und Mandat scheint es um etwas sehr Grundsätzliches zu gehen; aber um was genau, bleibt unklar. Offenbar um nicht mehr und nicht weniger als den Charakter der LINKEN als antikapitalistische Partei mit sozialistischer Umgestaltungsperspektive. Und unsere Parlamentarier werden als potentielle Gefahr für den sozialistischen Charakter der Partei gesehen, wenn sie sich an der Politikentwicklung in Vorständen der Partei beteiligen. In einer Partei, die sich als aktive Mitgliederpartei versteht und zu Recht davon ausgeht, dass wirkliche Veränderungen der Gesellschaft ohne kraftvolle außerparlamentarische Bewegungen nicht möglich sind. (Ohne fortschrittliche Mehrheiten in Parlamenten, die die Gesetze machen, allerdings auch nicht)

Mein Ausgangspunkt ist auch ein grundsätzlicher. Jedes Mitglied unserer Partei hat das Recht, für Vorstände zu kandidieren. Ob jemand gewählt wird, hängt davon ab bzw. sollte allein davon abhängen, wie die Mehrheit eines Parteitagess oder einer MV die kandidierenden Personen beurteilt, politisch und persönlich. Und Nichts und Niemand kann dieses Recht einschränken. Genau das tun wir aber, wenn wir unseren Parlamentariern sagen, macht eure Arbeit, so gut ihr könnt, aber in den Vorständen wollen wir euch nicht haben. Einerseits stellen wir diejenigen GenossInnen als Kandidaten auf, die wir am besten geeignet halten, linke Politik in die Parlamente zu tragen, andererseits schließen wir die Möglichkeit, dass sie ihre Erfahrungen und Kompetenzen in die Leitungstätigkeit einbringen, kategorisch aus.

Der Grund scheint zu sein, dass davon ausgegangen wird, dass Parlamentarier einem gewissen Anpassungsdruck unterliegen, einem Zwang zu Kompromissen, und dass die Gefahr bestehe, dass das zu einem Abschleifen linker Positionen führe und dabei die weitergehenden Umgestaltungsziele einer sozialistischen Partei tendenziell in den Hintergrund treten und so etwas wie eine schleichende Integration in „das System“ erfolge. (Mit der SPD als abschreckendem Beispiel im Hintergrund)

Deshalb wohl haben wir beim Gründungsparteitag mit großer Mehrheit, aber undiskutiert, die Trennung von Amt und Mandat beschlossen. Und ich gestehe: Ich habe schon damals dagegen argumentiert.

Seit Einzug in die Parlamente machen wir die Erfahrung, dass aus der Selbständigkeit der Fraktionen, den unterschiedlichen Arbeitsgeschwindigkeiten, dem Unterschied von Hauptamtlichkeit und Professionalisierung gegenüber Ehrenamtlichkeit und Freiwilligkeit objektiv erhebliche Schwierigkeiten resultieren. Der schnelle Abzug von über hundert aktiven Genossinnen und Genossen in die parlamentarische Arbeit hat die Parteistrukturen ganz erheblich geschwächt. Und dann ist ein nebeneinander her von parlamentarischer Fraktionsarbeit und außerparlamentarischer Parteiarbeit festzustellen, weswegen der Ruf nach „Verzahnung“ durch die innerparteiliche Diskussion hallt. Meiner Meinung nach wird diese Tendenz durch die Trennung von Amt und Mandat eher noch verstärkt. Wir brauchen aber eine

Verbesserung des Informationsaustauschs und der Koordination der Aktivitäten, und ein Minimum an Personalunion wäre ein Gewinn für die Politik- und Parteientwicklung im Landesverband.

Ein richtiger Einwand ist, dass es auch unterhalb dieser Schwelle Möglichkeiten der Verzahnung gibt, die längst nicht ausgeschöpft sind. Dennoch: Aus den genannten prinzipiellen Gründen sollte die Landesatzung es in Zukunft ermöglichen, dass Abgeordnete auch Mitglieder des Landesvorstandes sein können und in die Arbeit der Partei eingebunden sind. In diesem Punkt sollte sie auch in Übereinstimmung mit der Bundessatzung gebracht werden, die das Recht von Abgeordneten, für Vorstände zu kandidieren, selbstverständlich voraussetzt. Die Fraktionen dürfen auf keinen Fall die Arbeit der Vorstände dominieren. Aber das regelt man nicht über ein allgemeines Prinzip, sondern über die Begrenzung der Zahl der zulässigen Ämter. Die Hälfte, wie in der Bundessatzung formuliert, ist entschieden zu viel. Aber ein Viertel oder ein Fünftel als Obergrenze kann nicht zu einer Dominanz führen, würde der gemeinsamen Politikentwicklung aber gut tun.

Im Übrigen ist es immer noch so, dass unsere Fraktionen ein Teil der Partei sind und wie die Vorstände auf der gleichen politischen Grundlage arbeiten: dem Programm und der beschlossenen Schwerpunktbildung. Egal, ob das Prinzip nun aufgehoben oder modifiziert wird oder alles bleibt, wie es ist, die Diskussion darüber ist dringend erforderlich, schon um der Klarheit willen.



Foto: Zdravko Sistic

Wer trennt, gewinnt!

Stephan Jersch ist Fraktionsvorsitzender der LINKEN in der Bezirksversammlung Bergedorf

Die Trennung von Amt und Mandat scheint ein Auslaufmodell. Bastion auf Bastion sind gefallen und wurden vermeintlichen Notwendigkeiten oder Sachzwängen geopfert. Trotzdem haben wir im Bezirk Bergedorf eben diese Trennung von Amt und Mandat vor den Wahlen 2008 beschlossen. Dabei ist dies nur eins der damals beschlossenen fünf Essentials für unsere Kandidatinnen und Kandidaten, die mit dazu geführt haben, dass wir in der 18. Legislaturperiode in der Bezirksversammlung eine Reihe von Diskussionen nicht führen mussten.

Als wir im Sommer 2007 einstimmig festlegten, dass unsere Mandatsträger/innen kein Parteiamt innehaben sollen, haben wir auf die Erfahrungen vieler Mitstreiter/innen aus ‚Regenbogen‘ aufgebaut. Das Ziel war für uns ein Primat der Parlamentsfraktion zu verhindern und zu verhindern, dass die Partei nur noch als Wurmfortsatz einer Parlamentsfraktion fungiert, sich parlamentarischen Sachzwängen unterordnet und letztendlich das Profil einer linkssozialistischen Partei verloren geht. Ohne diesen „Markenkern“ würde unsere Partei austauschbar und damit letztendlich auch überflüssig. Gleichzeitig bietet sich Genossinnen und Genossen die Chance, in der Partei Verantwortung zu übernehmen ohne sich gegen parlamentarische Platzhirsche bei der Wahl zum Vorstand durchkämpfen zu müssen.

Das ist natürlich kein Selbstgänger und als Dogma taugt die Postulierung der Trennung von

Amt und Mandat auch nicht. Es geht darum, das Ziel einer gegenüber der Fraktion emanzipierten und sichtbaren Parteiorganisation zu realisieren, Genossinnen und Genossen zu befähigen selbst Verantwortung wahrzunehmen. Dazu ist es auch nötig, wie in Bergedorf Praxis, mit Öffnungsklauseln die Möglichkeit für ein pragmatisches Handeln zu geben. In unserem ersten Vorstand nach dem Einzug in die Bezirksversammlung wurde dies praktiziert. Es dauert eben auch einmal bis die Parteiorganisation genügend Kandidatinnen und Kandidaten findet, um die Trennung vollständig umsetzen zu können. Diesen Realitäten gilt es Rechnung zu tragen – als Ausnahme! Diese Ausnahme muss bei uns von der Mitgliederversammlung bestätigt werden.

Damit die Trennung von Amt und Mandat funktioniert gibt es aber auch weitere Bedingungen die in der Parteiorganisation erfüllt werden müssen. Nach der Wahl 2008 haben wir die Aufgabengebiete von Fraktion und Bezirksverband klar definiert und es ist eine Selbstverständlichkeit, dass die Fraktion auf Vorstandssitzungen und Mitgliederversammlungen personell vertreten ist, auch ohne Amt. D.h. zusätzliche Aufgaben für die Fraktion. Und wir haben funktions-scharf bestimmt, was als Amt und was als Mandat gilt. So sind z.B. Ausschusssitze kein Mandat und bei Delegiertenposten sind wir im Sinne der Definition eines ‚Parteiambtes‘ auch nicht päpstlicher als der Papst.

Letztendlich kommt es auf das Ziel an. Das heißt, neben einer funktionierenden Fraktion auch eine eigenständig erkennbare und agierende Parteiorganisation zu haben. Daran sind, bei allen getroffenen Grundsatzentscheidungen zur Trennung von Amt und Mandat, die tagtäglichen Entscheidungen zu messen und das heißt auch Pragmatismus in dieser Frage nicht zum Schimpfwort zu erklären. Es kann immer Situationen geben bei denen Kompromisse gemacht werden müssen um die Arbeitsfähigkeit zu erhalten. Dies anzuerkennen, mehrheitlich zu tragen und diesen Widerspruch dann auch auszuhalten und daraus produktive Schlüsse für die Arbeit zu ziehen ist die eigentliche Stärke die bewiesen werden muss.

Mit unserer Praxis der Trennung von Amt und Mandat haben wir für Fraktion und Bezirksverband eine erfolgreiche Politik verwirklicht und beweisen Monat für Monat, dass es, bei allen ab und an auftretenden Widersprüchen, funktioniert und zu einem kooperativen und respektvollen Umgang zwischen Bezirksverband und Fraktion führt. Dabei muss die Trennung von Amt und Mandat aber in jedem Fall mit begleitenden Maßnahmen praxisfest gemacht werden. Das Ergebnis ist eine emanzipierte Parteiorganisation, die Genossinnen und Genossen die Möglichkeit einer auseinandersetzungsfreien Entwicklung gibt, mehr Menschen in Funktionen einbindet und die Möglichkeit eines eigenständigen Erscheinungsbild der Parteiorganisation nach Aussen bietet.

„Linker Antisemitismus“ im Visier

Unter diesem Titel erschien von Moshe Zuckermann im „Hintergrund“ (Heft 3/2011) eine Kritik an der Studie „Antisemitismus als Koalitionspartner?“, die Samuel Salzborn und Sebastian Voigt, letzterer Gründungsmitglied von BAK Shalom, Ende Mai 2011 vorgelegt haben. Die Studie, die der Partei DIE LINKE Antisemitismus unterstellt, löste eine breite Kampagne gegen die LINKE aus, bis hin zu einer Aktuellen Stunde im Bundestag. In der LINKEN stieß sie auf Empörung und führte zu heftigen Diskussionen. Mit freundlicher Genehmigung des Autors und der Zeitschrift veröffentlichen wir Auszüge aus Moshe Zuckermanns Kritik. Auslassungen und Erläuterungen der Redaktion sind durch eckige Klammern gekennzeichnet.

Für kämpferische Feindbildungen gibt es verschiedene effektive Techniken. Bekannt und beliebt: Man benennt den erkorenen Feind und zeichnet sodann die Kreise der Zielscheibe um ihn herum. Dass es sich bei dieser Vorgehensweise um einen *Circulus vitiosus* [Teufelskreis] handelt, stört den Zielenden nicht, denn der Erschießungsakt soll ja gerade die Legitimation für die Erklärung des Feindes zum Feind bieten [...].

Nun hat der allgemeine deutsche Diskurs letzters beschlossen, dass es höchste Zeit sei, einen in der deutschen Linken vorgeblich grassierenden Antisemitismus aufzuspießen und politisch anzuprangern. Das ist löblich: Wenn es einen Antisemitismus in der Linken gibt, gehört er selbstverständlich bekämpft – wie jeder Antisemitismus, wo immer er auftaucht und sich artikuliert. Man wundert sich gleichwohl, was es mit diesem plötzlichen Erwachen der Besorgten, vor allem aber dem akuten Auftauchen dessen, was traditionell rechtsgerichteter Ideologie und antilinken Lebensentwürfen zugeschrieben worden ist, auf sich haben mag. Gesinnungslogisch ließe sich eine Verbindungslinie zur Tendenz des deutschen Feuilletons nach dem Zusammenbruch der DDR ziehen, die braune und die rote deutsche Vergangenheit in den Vergleich zu zerren, wenn nicht gar gleichzusetzen. Während aber die damalige ideologische Bestrebung aufseiten antilinker Autoren zu Buche schlug (und von Jürgen Habermas entsprechend aus gedenkethischen Gründen dekonstruiert wurde), findet sich der Aufruf, mit dem antisemitischen Unwesen in der Linken, vor allem in der Partei der LINKEN, aufzuräumen, vornehmlich im Diskurs jener, die sich selbst für Linke halten und als solche ausgeben. Dies geschieht mit solcher Verve, dass man zuweilen den Eindruck gewinnen mag, in der Berliner Republik habe der Antisemitismus eine neue Heimat gefunden: das Lager der deutschen Linken und ihren institutionalisierten Verband im deutschen Parlament.

Was sich nun aber seit einigen Jahren als polemisches Gezeiter in diversen Foren, Blogs, zuweilen auch in Stiftungsveranstaltungen austobt und zunehmend verfestigt, sollte offenbar endlich die würdigere, mithin fundiertere Form der wissenschaftlichen Untersuchung erhalten, ein Anliegen, das mit der Schrift von Samuel Salzborn und Sebastian Voigt jüngst verwirklicht worden ist. Die Untersuchung der jungen Autoren trägt den Titel „Antisemiten als Koalitionspartner? Die Linkspartei zwischen antizionistischem Antisemitismus und dem Streben nach Regierungsfähigkeit“. Der Titel selbst ist schon verfänglich: Ungeachtet der Frage, um welche Partnerschaft in welcher Koalition es den Autoren geht – hat man zu verstehen, dass das Kriterium für den Abscheu vor Antisemiten in ihrer Tauglichkeit als Koalitionspartner zu se-

hen sei? Welchen Stellenwert nimmt der Antisemitismus gegenüber einer Koalitionspartnerschaft in einem solchen Titel ein? Im Untertitel wird die Verfänglichkeit noch deutlicher: Gesetzt den Fall, das Streben nach Regierungsfähigkeit wäre gerade mit dem Antisemitismus in der Partei garantiert – würde er sich dadurch als ein den Zweck heiligendes Mittel legitimieren? Und aus dem gleichen Geist geboren: Handelt es sich lediglich um die Erkenntnis, dass Regierungsfähigkeit im heutigen Deutschland den Lackmusestest des Anti-Antisemitismus zu bestehen habe, die die Verfasser der Denkschrift zu ihrer zweckrational gefärbten Mahnung angetrieben hat? Da aber ein schlecht gewählter Titel nicht zwangsläufig den Inhalt des Betitelten wiedergibt, Salzborn und Voigt zudem ihr moralischer Impuls nicht abgesprochen werden soll, ist es geboten, sich auf die Substanz des Untersuchungstextes selbst einzulassen.

Hier nun stößt man auf das eigentliche Problem der gesamten Untersuchung. In den einleitenden Sätzen (der Kurzfassung) heißt es: „In jüngerer Vergangenheit nehmen antisemitische Positionierungen innerhalb der Partei ‚DIE LINKE‘ deutlich zu. (...) Die These ist, dass der antizionistische Antisemitismus innerhalb der ‚Linken‘ inzwischen zu einer weitgehend konsensfähigen Position geworden ist.“ Im Weiteren wird dann behauptet, dass die antisemitischen Positionen „innerparteilich immer dominanter zu werden (scheinen) und (...) inzwischen die äußere Wahrnehmbarkeit der Partei (prägen)“. Wer eine solch starke These aufstellt, wird (sozialwissenschaftlich) bemüht sein, sie empirisch möglichst umfassend zu belegen und das Schillernde ihrer Aussage in eine faktenreiche Eindeutigkeit zu lotsen, mithin ihre Suggestivkraft durch unabwiesbare Dokumentation zu steigern und zu kräftigen. Vergebens sucht man danach in der vorliegenden Untersuchung. Die wenigen „exemplarischen“ Beispiele, die sich in ihr finden (und im Folgenden gesondert anvisiert werden sollen), reichen nach keinem wissenschaftlichen Maßstab aus, um die beherzte Generalisierung der These auch nur ansatzweise zu rechtfertigen. [...]

Selbst die Radikalsten unter den „antideutschen“ Alarmisten werden sich hüten, den Antisemitismus im heutigen Deutschland mit dem nazistischen Vernichtungsantisemitismus, welchen noch Horkheimer und Adorno im Blick hatten, gleichsetzen zu wollen. Entsprechend mussten die Autoren der Untersuchung über den Antisemitismus in der LINKEN-Partei eine neue Form dessen, was sie für Antisemitismus erachten, ins Spiel bringen und fanden sie im sogenannten „antizionistischen Antisemitismus“. Berufen durften sie sich dabei auf Vorgaben des European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia (EUMC [Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlich-

keit]) aus dem Jahr 2004, welche angeblich als „gegenwärtiger Minimalkonsens innerhalb“ der Antisemitismusforschung angesehen werden können. Als zentrale Bestandteile dieser Variante des Antisemitismusbegriffs werden folgende Faktoren aufgelistet: (a) „Das Abstreiten des Rechts des jüdischen Volkes auf Selbstbestimmung“; (b) „Die Anwendung doppelter Standards“ bei den Erwartungen von Israel im Vergleich zu anderen demokratischen Staaten; (c) „Das Verwenden von Symbolen und Bildern, die mit traditionellem Antisemitismus in Verbindung stehen“; (d) „Vergleich der aktuellen israelischen Politik mit der Politik der Nationalsozialisten“; (e) „Das Bestreben, alle Juden kollektiv für Handlungen des Staates Israel verantwortlich zu machen“.

Das – muss man sagen – ist ein gutes Beispiel für eine schlechte Begriffsbestimmung. Von seriösen Sozialwissenschaftlern darf man mehr Reflexionsvermögen und Differenzierungskapazität erwarten, wenn sie sich schon auf derlei Vorgefertigtes einlassen. Um es kurz zu machen: Keines dieser aufgelisteten Kriterien hat für sich genommen oder auch mit anderen zusammengefasst zwangsläufig etwas mit Antisemitismus per se zu tun: (a) Die Selbstbestimmung des jüdischen Volkes ist unter Juden selbst ein so heiß umstrittenes Thema, dass man sich im israelischen Verfassungsdiskurs bis zum heutigen Tag noch nicht darauf einigen konnte, wer oder was ein Jude sei. Orthodoxe Juden bestreiten Recht und Geltung der säkular-zionistischen Selbstbestimmung des jüdischen Volkes. Jüdische Kommunisten, aber auch viele jüdische Nichtzionisten haben ihre eigene Vorstellung von emanzipativer Selbstbestimmung, die nicht unbedingt etwas mit der des ohnehin prekären Begriffs des „Volkes“ zu tun hat; (b) Die Anwendung doppelter Standards ist dort ein Problem, wo es sich um die Bewertung gleicher Protagonisten in einem homogenen Spielfeld handelt. Aber kein anderer demokratischer Staat der Welt unterhält schon seit über vier Jahrzehnten ein brutal-repressives Okkupationsregime, wie es Israel als Teil seines Selbstverständnisses den Palästinensern gegenüber tut; (c) Das Verwenden von Symbolen und Bildern, die mit dem traditionellen Antisemitismus in Verbindung stehen, ist in der Tat verwerflich. Das sollten Salzborn und Voigt vor allem den meisten säkularen Israelis bei ihrem Umgang mit israelischen orthodoxen Juden vorhalten. Bei den vorletzten Wahlen zur israelischen Knesset hat Yosef Lapid einen beispiellosen Wahlerfolg mit genau diesem Mittel politischer Perfidie errungen. War also Yosef Lapid, inzwischen verstorbener Shoah-Überlebender, ein Antisemit? (d) Wenn mit „Politik der Nationalsozialisten“ Auschwitz gemeint ist, dann ist in der Tat jeder Vergleich der Politik heutiger Staaten mit ihr unhaltbar. Aber wer macht schon einen solchen Vergleich? Vor allem aber: Wer in der LINKEN macht ihn? Wenn hingegen unter „Politik der Nationalsozialisten“ gewisse Formen der ungesetzlichen Landnahme, der ethnischen Säuberung und der schleichenden Exklusion von Bürgern aus der Zivilgesellschaft im eigenen Land gemeint ist, dann muss man den Vergleich nicht machen (und sollte es auch nicht tun, wenn man eine wüste Polemik vermeiden möchte), aber er lässt sich strukturell halten; (e) Die Forderung, dass nicht alle Juden kollektiv für Handlungen des Staates Israel verantwortlich zu machen seien, ist völlig berechtigt. Man unterlasse es aber dann gefäl-

ligst, Judentum, Zionismus und Israel (und davon abgeleitet: Antisemitismus, Antizionismus und Israelkritik) in eins zu setzen. Nicht zuletzt wäre daher zu reflektieren, inwieweit gerade der Begriff des „antizionistischen Antisemitismus“ eine solche Gleichsetzung, wenn nicht direkt intendiert, so doch effektiv suggeriert. [...]

Die gesamte Untersuchung weist ein elementares Defizit auf: Da ja der Antisemitismus in der ihr unterliegenden Begriffsbestimmung dem Antizionismus verschwistet wird, darf es erst gar nicht dazu kommen, dass der staatliche Träger des Zionismus – Israel – irgendetwas dazu beigetragen haben könnte, ihn kritikwürdig zu machen. Wenn man Antisemitismus, Antizionismus und Israelkritik in eins setzt, muss Israel als ein Unschuldslamm, mithin als naives Opfer einer a priori bestehenden und wirkenden Verschwörung erscheinen. In einem solchen Selbstverständnis hat sich der israelische Diskurs immer schon gesuhlt; darin hat sich die israelische Propaganda seit Jahrzehnten zu spezialisieren verstanden. Nun ist Israel aber mitnichten ein Unschuldslamm. Zu dieser Erkenntnis bedarf es nicht eines Zurückgehens auf das Jahr 1897 und der Darstellung des Zionismus als einer Kolonialbewegung; eher, aber auch nicht unbedingt, bedarf es der Rückschau auf 1948 und die Einsicht in den Kausalnexus von jüdisch-israelischer Unabhängigkeit und palästinensischer Nakba. Worum man aber auf keinen Fall kommt, ist die unabwiesbare Tatsache, dass Israel seit 1967 ein anderes Volk knechtet, ein brutales, oft gewalttätiges Regime fortwährender Okkupation betreibt, welches sich seit den 1970er Jahren zunehmend durch religiös-messianische Heilsverheißungen „legitimiert“. Was Israel in das völkerrechtswidrige Siedlungswerk an Infrastruktur, militärischer Absicherung und manipulativer Ideologie investiert hat, übersteigt bei Weitem das reale Problem der Besatzung, lässt mithin mehr als Zweifel am demokratischen Selbstbild der Israelis aufkommen, insofern Demokratie übers Formelle der hohlen Struktur und des zynischen Lippenbekenntnisses hinausgeht. [...]

Dass der holländische Rechtspopulist Geert Wilders, der Vorsitzende der freiheitlichen Partei in Österreich, Hans-Christian Strache, der amerikanische Prediger Glenn Beck, der ehemalige italienische Neofaschist Gianfranco Fini alle „in der israelischen Hauptstadt gern gesehene Gäste“ sind, wie es jüngst in der „Deutschen Welle“ hieß, mag vielleicht einen Henryk Broder, deutsche Neonazis und bundesrepublikanische „Antideutsche“ nicht weiter bekümmern. Aber Sozialwissenschaftler, die über Antisemitismus in der LINKEN schreiben, müssten sich zumindest Rechenschaft darüber ablegen können, was sie tun, wenn sie Antisemitismus mit Antizionismus und Israelkritik attribuieren – es sei denn, sie selbst sind letztlich nichts als „antideutsche“ Ideologen. Dass sich CDU und FDP im deutschen Bundestag auf das „sozialwissenschaftliche“ Erzeugnis von Salzborn und Voigt wie ein gefundenes Fressen stürzten, gibt zu denken. Viel mehr aber, zu was sie damit die Partei DIE LINKEN veranlassten.

Professor **Moshe Zuckermann** lehrt Geschichte und Philosophie an der Universität Tel Aviv.



Anmerkungen zu einer parteiinternen Debatte oder warum Realos verzweifelt um sich hauen

Illustration: Zdravko Sistic

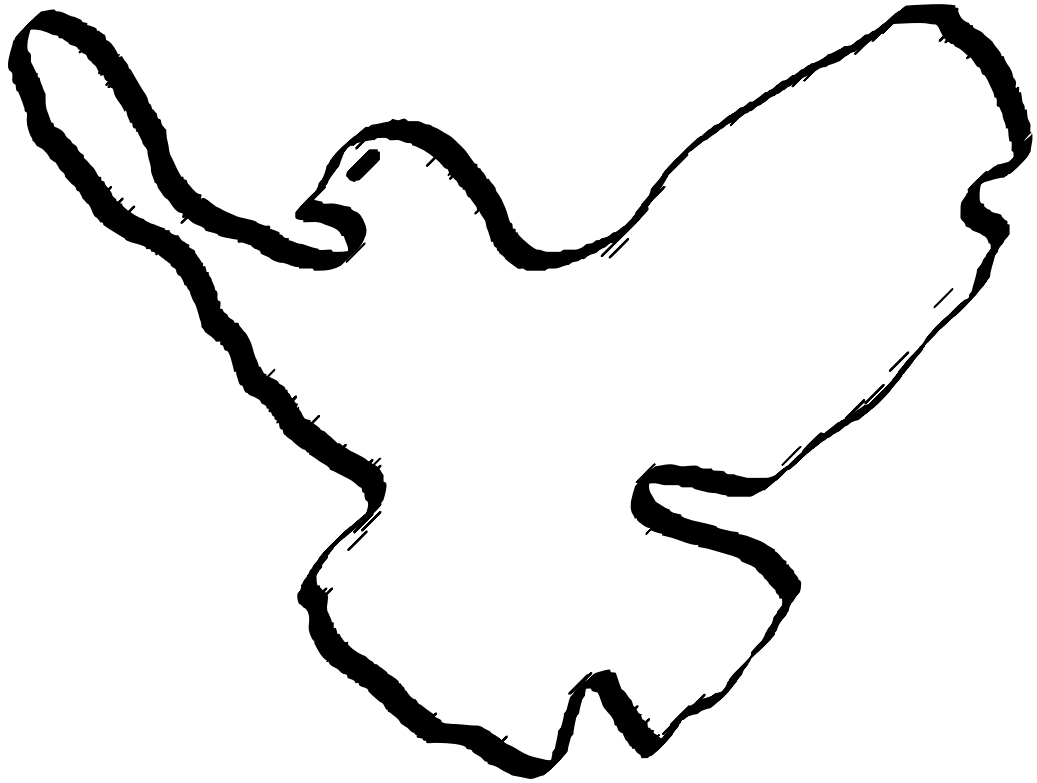
Oskar Lafontaines Besprechung des Buches „Alles auf den Prüfstand! Texte zur DDR-Geschichte im Neuen Deutschland“, (hg. v. Gesine Loetzsch) hat viel Staub aufgewirbelt und wütende Angriffe gegen ihn ausgelöst; Benjamin Hoff (fds) spricht gar von „Geschichtsrevisionismus“. Was hat Lafontaine Schlimmes verbrochen, um sich einen solch gravierenden Vorwurf einzuhandeln? Zunächst lobt er das Buch und stellt die vor allem für junge Linke wichtige Frage, „warum im Namen einer großartigen Menschheitsidee eine Gesellschaft, in der die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist, so viele Verbrechen begangen wurden.“ Und weiter: Das „Streben nach Gleichheit (führe) nicht notwendig zur Zerstörung der Freiheit(...). Gleichheit und Freiheit würden einander bedingen. DIE LINKE dürfe den „aufrechten Gang“ nicht verlieren. Das sind klare, unmissverständliche Worte über die Art und Weise, wie eine selbstbewusste sozialistische Partei an dieses Problem herangehen und dabei ihren Standpunkt als antikapitalistische Kraft keinen Moment aus den Augen verlieren sollte.

Was seine innerparteilichen Kritiker offenbar in Harnisch gebracht hat, ist folgende Äußerung: „Manche vordergründige Auseinandersetzung in der Partei DIE LINKE, der vorgeworfen wird, der Stalinismus komme bei

ihr durch die Hintertür, verwechselt die Analyse der Gesellschaft des Staatssozialismus mit der befürchteten Fehlentwicklung einer kleineren Partei im parlamentarischen Regierungssystem.“ Ist dem zuzustimmen? Ja und nein. Was Lafontaine völlig zu Recht anspricht, ist die populistische Methode, das „stalinistische Erbe“ des Realsozialismus als Instrument in der innerparteilichen Auseinandersetzung einzusetzen, also Richtungskämpfe mit der „Stalinismus-Keule“ auszutragen. Was er dabei nicht berücksichtigt, ist der Umstand, dass die Auseinandersetzung mit dem Stalinismus ein Thema für die gesamte sozialistische Bewegung ist, und dass dies nicht nur für den untergegangenen Realsozialismus gilt, sondern auch als ständige Verpflichtung für alle sozialistischen Parteien fortwirkt. Deshalb ist es nur bedingt richtig, die „Konzentration der Macht in den Händen eines arroganten Alleinherrschers“, nach Schumann ein Strukturelement des „Stalinismus als System“, als überholt zu bezeichnen, weil etwa Obama, Sarkozy oder Merkel „am Gängelband der Großbanken ihre Ohnmacht sobeben täglich erfahren“. Auch ein weiteres Element, nämlich: „Die Steuerung der Wirtschaft durch eine Kommandozentrale, der es an Verständnis für elementare Bedürfnisse der produktiven und sozialen Bereiche der Gesellschaft und für die Lebensqualität der Bevölkerung fehlt.“, trifft nach Lafontaine aktuell „am ehesten auf die Finanzindustrie zu, die im heutigen Kapitalismus die Wirtschaft steuert“. Die Antwort der LINKEN sei deshalb, eine solche gefährliche Machtzusammenballung durch „Überführung des Bankensektors in öffentliches Eigentum und Demokratisierung der Wirtschaft vor allem durch Belegschaftseigentum“ zu beschränken. So ähnlich argumentiert er auch bei den anderen von Schumann genannten Kriterien. Das ist sicherlich politisch „gut gemeint“. Aber bringt uns das weiter? Worin ich Lafontaine nicht folgen kann, ist, dass er die Schumannschen Kriterien nicht dort prüft, wo sie Geltung beanspruchen können: in den geschichtlichen Erfahrungen realsozialistischer Länder, insbesondere der Sowjetunion (Aufbau des Sozialismus in einem Land, nachgeholte „ursprüngliche Akkumulation“ usw.) und den sie prägenden bzw. von ihr geprägten marxistisch-leninistischen Parteien (zentralistisch-bürokratische Strukturen, keine innerparteiliche Demokratie usw.).

Die Analyse der Diktatur der Finanzmärkte und ihrer politischen Strukturen im heutigen Finanzmarktkapitalismus kann nicht über eine „erweiterte“ Stalinismuskritik erfolgen, sondern nur mit Hilfe einer fortgeschrittenen Kapitalismus-Analyse. Das bedeutet aber auch, dass die Tauglichkeit der Schumannschen Stalinismus-Kriterien nicht mit Hinweis auf heutige Macht- und Herrschaftsverhältnisse abgetan werden kann. Der von Schumann aufgerufene Bruch mit dem Stalinismus ist nicht nur Gründungskonsens, sondern auch bleibende Verpflichtung einer sozialistischen Partei, die aus der Geschichte gelernt und sich den demokratischen Sozialismus auf ihre Fahnen geschrieben hat.

Hartmut Obens ist Redakteur der Hamburg Debatte



Nordahl Grieg:

An die Jugend

Umringt von Feinden, geh
hinein in deine Zeit!
Unter blutigem Sturm –
stell dich zum Streit!

Fragst du voll Angst
wehrlos und offen:
Womit soll ich kämpfen,
welche Waffe läßt hoffen?

Hier ist die Waffe gegen Gewalt,
hier ist dein Schwert:
Glaub an das Leben,
an des Menschen Wert.

Für all unsre Zukunft
bergt es und hört es,
sterbt, wenn es sein muß – doch:
Stärkt es und mehrt es!

Still geht der Granaten
gleitendes Band.
Wehrt ihrem Todeszug,
wehrt mit Verstand!

Krieg achtet kein Leben.
Friede nur schafft.
Der Tod muß verlieren:
Setz ein deine Kraft!

Allem Großen, das war,
gib Liebe und Traumhort!
geh Neuem entgegen,
entreiß ihm die Antwort.

Schaffe das Kraftwerk,
schöpfe Gestirne,
erschaffe sie, Verschonter,
kühn mit dem Hirne!

Die Erde ist reich,
der Mensch ist gut!
Not herrscht nur und Hunger,
weil Trug noch nicht ruht.

Brich ihn! Fürs Leben
muß Unrecht fallen,
Sonnenschein, Brot und Geist
gehören uns allen.

Dann sinken die Waffen
machtlos hienieden!
Schaffen wir Menschenwert,
schaffen wir Frieden.

Wer eine Bürde trägt
in seinen Händen,
unwiederbringlich,
kann mordend nicht enden.

Stimmt Bruder zu Bruder
zum Schwure mit ein:
Der Erde der Menschen
laßt gut uns stets sein.

Wir wollen bewahren,
was schön ist; so warm,
als trügen ein Kind wir
behutsam im Arm!

*(aus: Ruf aus Norwegen (1936). Gedichte von Rudolf Nilsen und Nordahl Grieg.
Ausgewählt und übertragen von Horst Bien und Helmut Stelzig. Rostock 1960.)*

Nordahl Grieg (1902–1943), norwegischer Journalist und Schriftsteller, nahm als Antifaschist am spanischen Bürgerkrieg und an der Befreiung vom Hitlerfaschismus teil. Das Gedicht „Til Ungdommen“ („An die Jugend“) verfaßte er 1936 für die „Norwegische Studentenvereinigung“. Es bezieht sich auf den Kampf des demokratischen Spaniens gegen die Francisten. Nach den Attentaten in Oslo und Utøya vom Juli 2011 wurde die Liedfassung bei zahlreichen Gedenkveranstaltungen vorgetragen.